

Bachelor Thesis

Soziale Arbeit und Neoliberalismus

Eine Analyse vier Sichtweisen

Nora Hunziker

Eingereicht bei Prof. Sigrid Schilling

Bachelor Thesis an der Hochschule für Soziale Arbeit, Fachhochschule Nordwestschweiz, Olten

Eingereicht im Januar 2018 zum Erwerb des Bachelor of Arts in Sozialer Arbeit

1 Abstract

Silvia Staub-Bernasconi, Mechthild Seithe, Hans Thiersch und Christoph Butterwegge haben sich intensiv mit dem Neoliberalismus und dessen Folgen für die Klientel der Sozialen Arbeit befasst. Sie haben ihre Gedanken dazu und die Konsequenzen für Praktiker_innen und die Soziale Arbeit formuliert. Im Folgenden werden diese Wissensbestände zusammengetragen und die relevantesten Erkenntnisse herauskristallisiert.

Neoliberale und betriebswirtschaftliche Methoden und Sprache haben die Soziale Arbeit unterwandert. So finden wir im heutigen Wohlfahrtsstaat eine Tauschlogik, die beabsichtigt, dass Menschen eine Leistung erhalten, wenn sie eine Gegenleistung erbringen oder zumindest die Bereitschaft dazu bieten können. Die Soziale Arbeit soll diese Konzepte auf ihre sozialarbeiterische Relevanz prüfen und ihre eigene Fachlichkeit wieder neu entwickeln.

Die Soziale Arbeit soll sich wieder vermehrt als ein Projekt der sozialen Gerechtigkeit verstehen. Die Soziale Arbeit soll eine (Re-)Politisierung erfahren. Aus- und Abgrenzungsmechanismen, welche durch neoliberale Mechanismen der Stigmatisierung Armer oder solcher, die vom Staat abhängig sind, müssen erkannt und bekämpft werden. So muss eine politische Soziale Arbeit sich in politische Themen einmischen und lokale Probleme in gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge stellen und diese Erkenntnisse aktiv gegen aussen tragen.

2 Inhaltsverzeichnis

Inhalt

1 Abstract.....	2
2 Inhaltsverzeichnis.....	3
3 Einleitung.....	5
3.1 Erkenntnisinteresse.....	5
4 Analyse der Texte zum Neoliberalismus und der Sozialen Arbeit.....	7
4.1 Silvia Staub-Bernasconi.....	8
4.1.1 Biografie.....	8
4.1.2 Aussagen zum Neoliberalismus.....	9
4.1.3 Analyse.....	16
4.2 Hans Thiersch.....	18
4.2.1 Biographie.....	18
4.2.2 Aussagen zum Neoliberalismus.....	18
4.2.3 Analyse.....	24
4.3 Christoph Butterwegge.....	26
4.3.1 Biographie.....	26
4.3.2 Aussagen zum Neoliberalismus.....	26
4.3.3 Analyse.....	33
4.4 Mechthild Seithe.....	34
4.4.1 Biographie.....	34
4.4.2 Aussagen zum Neoliberalismus.....	34

4.4.3 Analyse	40
4.5 Diskussion der Aussagen, Gemeinsamkeiten/Unterschiede	41
5 Schlussfolgerungen	49
Beantwortung der Fragestellung	49
6 Literaturverzeichnis	52
7 Ehrenwörtliche Erklärung	54

3 Einleitung

3.1 Erkenntnisinteresse

Der Neoliberalismus avancierte am Ende des 20. Jahrhunderts zur dominanten Ideologie des Kapitalismus'. Der Machtanspruch der Vertreter_innen des Neoliberalismus' ist total und universell. Total durch den Anspruch an eine umfassende Entpolitisierung des Gesellschaftlichen und universell im Hinblick auf seinen globalen Geltungsanspruch. So wurde der Neoliberalismus zum Inbegriff des entfesselten, global agierenden Kapitalismus' (vgl. Butterwegge et al. 2007: 14).

Die Feindbilder des Neoliberalismus' sind eindeutig: Der Wohlfahrtsstaat in all seinen Erscheinungsformen und mehr noch alle Spielarten des Sozialismus', der aus neoliberaler Sicht als die Mutter allen Übels der Moderne gilt (vgl. ebd.: 16).

Eine zentrale These des Neoliberalismus' ist die langfristige Durchsetzung und dauerhafte Stabilisierung der Marktgesellschaft (vgl. ebd.: 15). Als Antwort auf die sozialdemokratische Reformpolitik wurden als Krisenerklärung äussere Faktoren verantwortlich gemacht. Statt Marktversagen wurde Staats- und Politikversagen ins Zentrum der Analyse gerückt (vgl. ebd.: 19).

Die neoliberalistische Hegemonie hat eine Glücksschmied-Ideologie hervorgebracht. Das Individuum wird zu einem_r selbstverantwortlichen Gestalter_in seiner_ihres Lebens, seiner Biographie und Karriere. Ein Mangel an Leistungsbereitschaft, Flexibilität und der Motivation sich dem Diktat der rationalen und effizienten Lebensführung zu unterwerfen, wird als Willens- und Wesensschwäche und defizitäre Selbstdisziplinierungskompetenz gedeutet (vgl. Spetsmann-Kunkel 2016: 8).

Der Neoliberalismus ist die Ideologie, welche sich nun auf der ganzen Welt durchsetzt. Lese ich eine normale Tageszeitung, wirkt es, als sei es unumstritten, dass diese Ideologie sich bereits als einzig funktionierende Strategie etabliert hat.

Betrachten wir nun in die einzelnen Kantone der Schweiz, wie beispielweise den Kanton Bern, stellen wir fest, dass die Regierungen sparen. Und zwar bei jenen, welche es am härtesten trifft, die ohnehin schon am wenigsten haben und die sich am wenigsten wehren können.

Andererseits sind Praktiker_innen durch Sparmassnahmen am Sozialstaat von neoliberalen Ideen betroffen und deren Arbeit wird somit behindert und/oder erschwert. Die aufgebauten Bastionen des Sozialstaates werden wieder abgeschliffen (vgl. Huffs Schmid 2000: 37).

Die Soziale Arbeit setzt sich für die Schwächsten unserer Gesellschaft ein. Dies fordert auch die schweizerische Eidgenossenschaft in ihrer Präambel der Bundesverfassung. [...] dass die Stärke des Volkes sich misst am Wohl der Schwachen [...] (Bundesverfassung 2017).

Schreiner (2017: 12f.) beschreibt kritisch die Folgen des etablierten Neoliberalismus⁴. Lohnsenkungen, Abbau der Arbeitsplatzsicherheit, Sparübungen, Steuersenkungen für die Wohlhabenden, hohe Arbeitslosigkeit, soziale Unsicherheit, Armut durch Niedriglöhne oder/und gekürzte Sozialleistungen, etc. Im Grossen und Ganzen: die soziale Ungleichheit nimmt zu (vgl. Schreiner 2017: 12f.). Die neoliberale Theorie verfolgt hingegen ein anderes Ziel. Nach der paradigmatischen neoliberalen Logik ist der Markt Voraussetzung für Ungleichheit und Machtasymmetrien. Diese werden nicht beseitigt, sondern genutzt. Ungleichheit gilt nicht als störend, sondern als wünschenswert, weil so die Leistungsbereitschaft der Individuen gefördert werden kann (vgl. Dörre et al. 2017: 25).

Ich möchte hier auch mein persönliches Interesse aufzeigen. Sätze wie „wenn alle für sich selber schauen, ist für alle geschaut“ oder „de schnäller isch de gschwinder!“ haben mir schnell klar gemacht, dass etwas an der heutigen Welt nicht stimmen kann. In meiner Praxis hat sich dies bestätigt. Es gibt ganz viele Menschen, die zweitweise oder gar nie die Ressourcen haben, für sich selber zu schauen und ganz autonom zu funktionieren.

Ich möchte in einem eigenen Beispiel aus meiner Praxis aufzeigen, inwiefern die Soziale Arbeit mit den neoliberalen Ideen, welche auf Kosteneffizienz getrimmt sind, konfrontiert ist.

Für eine sozialpädagogische Wohngruppe für verhaltensauffällige Kinder und Jugendliche besteht ein Leistungsvertrag mit dem Kanton Bern. Es werden acht Plätze vorgesehen. Können im Jahresdurchschnitt acht Plätze gedeckt sein, erhält die Wohngruppe das im Vertrag abgemachte Geld und kann somit sämtliche Unkosten decken. Können vorübergehend nicht alle Plätze besetzt werden, wird dies entsprechend in den Auszahlungen angepasst, obwohl zeitgleich die Lohnkosten für dieselbe Anzahl Mitarbeitenden und Infrastruktur gleich bleibt. So habe ich selber miterlebt, wie eine Platzierung eingeleitet wurde, weil ein Platz offenstand und dieser aus finanziellen Gründen besetzt werden „musste“. Die Platzierung passte aber überhaupt nicht und auf Grund von fehlenden Abklärungen und Unstimmigkeiten kam es zu einer selbst- und fremdgefährdenden Situation für die zu platzierende Jugendliche, die platzierten Kinder und Jugendlichen und die anwesenden Mitarbeitenden führte.

Ich möchte in meiner Arbeit beobachten, wie der Diskurs zum Neoliberalismus in Bezug auf die Soziale Arbeit geführt wird. Angesichts der oben genannten Ausgangslage möchte ich herausfinden, wie Theoretiker_innen der Sozialen Arbeit zum Neoliberalismus stehen und welche Punkte sie diskutieren. Ich gehe davon aus, dass Theoretiker_innen der Sozialen Arbeit diesen Entwicklungen kritisch gegenüber stehen und möchte diese These verifizieren.

Ich werde in meiner Arbeit Texte von Silvia Staub-Bernasconi, Hans Thiersch, Mechthild Seithe und Christoph Butterwegge zur Debatte über Neoliberalismus und Soziale Arbeit untersuchen und diesen Diskurs beobachten. Ich werde analysieren, welche Punkte kritisch diskutiert werden und welche Aspekte als prägnant betrachtet werden.

Meine Hypothese lautet daher wie folgt:

Theoretiker_innen der Sozialen Arbeit beobachten neoliberale Entwicklungen kritisch und äussern sich ebenso kritisch zu dessen Auswirkungen auf die Soziale Arbeit und das Projekt der sozialen Gerechtigkeit.

Meine Fragestellung ist folgende:

Welche Konsequenzen resultieren für die Soziale Arbeit aus dem Diskurs von Theoretiker_innen der Sozialen Arbeit über den Neoliberalismus?

Ich gehe im Folgenden auf die sprachliche Gleichbehandlung der unterschiedlichen Geschlechter ein. Ich orientiere mich diesbezüglich an dem Leitfaden für die sprachliche Gleichbehandlung der Fachhochschule Nordwestschweiz und möchte diese noch mit zusätzlichen Elementen erweitern. Ich versuche dies durch eine geschlechtsneutrale Formulierung und falls dies nicht möglich ist, nenne ich alle Geschlechter, da ich davon ausgehe, dass es nicht ausreicht, ein Geschlecht zu nennen und das oder die anderen „mitzudenken“ (vgl. Le Breton/Parpan-Blaser 2016: 7). In Anbetracht meiner Überzeugung, dass sich Menschen nicht bloss in zwei Geschlechter einteilen lassen und dieses binäre Geschlechterverhältnis wiederum Menschen, welche sich nicht in diese Kategorien einordnen lassen wollen, ausschliesst und diskriminiert, werde ich mich dem *Gender-Gap* (Englisch für Geschlechter-Zwischenraum) bedienen, welcher einen Platz für alle Geschlechter offenlässt. Ich beziehe mich hier auf meine eigenen Überzeugungen, sowie diesbezüglich Aussagen von LGBTQI-Gruppierungen, wie *queeramnesty* (eine Untergruppe von Amnesty International) (vgl. <https://queeramnesty.ch/?s=lgbtq>).

4 Analyse der Texte zum Neoliberalismus und der Sozialen Arbeit

Ich werde mich im Hauptteil mit den unterschiedlichen Aussagen der ausgewählten Theoretiker_innen zum Neoliberalismus beschäftigen. Ich möchte jeweils nach einem bestimmten Muster vorgehen. Vorab möchte ich auf den_die Autor_in eingehen und etwas zu dessen_deren Werdegang und Hintergrund zusammentragen. In einem zweiten Schritt möchte ich die relevanten Aussagen für die Soziale Arbeit und den Neoliberalismus herausarbeiten und beschreiben. In einem dritten Schritt werde ich das Geschriebene durch einen herme-

neutischen Zugang analysieren, mit allfälligen Deutungsangeboten/Interpretationen erweitern und die Erkenntnisse festhalten.

Ich werde im letzten Teil der Textanalyse die Aussagen zusammenfassen, allfällige Unterschiede oder Gemeinsamkeiten beobachten.

4.1 Silvia Staub-Bernasconi

Ich habe mich für Staub-Bernasconi entschieden, weil sie für die moderne Soziale Arbeit eine wichtige Figur darstellt. Sie hat den Professionsdiskurs durch ihren Beschrieb des Tripel-Mandats stark geprägt und ihren Fokus auf die Menschenrechte als Begründungsbasis der Profession Soziale Arbeit gelegt (vgl. Staub-Bernasconi 2007: 1).

Des Weiteren habe ich mich für Staub-Bernasconi entschieden, weil sie als Frau und langjährig aktive Praktikerin und Wissenschaftlerin in der Sozialen Arbeit sehr aktuelle, relevante Aussagen über die Situation der Sozialen Arbeit in der Welt und die Schweiz gemacht hat. Als eine der wenigen Schweizer Theoretiker_innen haben ihr Werk für mich einen hohen Stellenwert, wenn es darum geht, die Schweizer Situation zu analysieren.

4.1.1 Biografie

Für das ausführliche Wissen über die Biografie von Silvia Staub-Bernasconi bediene ich mich einem Podcast einer ihrer Vorlesungen an der FHNW im Jahre 2014 (vgl. Staub-Bernasconi 2014: o.S.):

Silvia Staub-Bernasconi ist 1936 geboren. Sie hat die Handelsschule absolviert. Ihr Bruder durfte studieren, sie hingegen wurde mit der Begründung abgefertigt, dass sie als Frau heiraten werde und keine Universitätsausbildung brauchen würde. Sie arbeitete nach der Handelsschule als Institutssekretärin an der eidgenössischen technischen Hochschule (ETH) in Zürich. In ihrem Pflichtenheft stand, dass sie pro Woche drei Vorlesungen besuchen könne. Nach Vorlesungen in der Philosophie und Psychologie, welche ihr zu menschenfern waren, besuchte Staub-Bernasconi eine Vorlesung bei Arthur Rich, einem Sozialethiker. Dieser war einer der einzigen zu dieser Zeit, welcher Marxismusvorlesungen an der theologischen Fakultät hielt. Dort wurde Staub-Bernasconi zum ersten Mal mit der sozialen Frage konfrontiert. Nach der Überlegung, ob sie die Matura nachholen soll, entschied sie sich dafür, die Schule für Soziale Arbeit zu absolvieren und wurde dort aufgenommen.

Das Ausbildungssystem der Schule für Soziale Arbeit in Zürich war demokratisch organisiert. Es wurde in Sorge um das Individuum gelebt. Es herrschte eine menschliche Atmosphäre.

Ihre Diplomarbeit schrieb Staub-Bernasconi anhand ihrer Berichte aus ihrer Arbeit als Streetworkerin in Zürich. Das Haus Schwallbach publizierte diese Arbeit im Rahmen seiner Demokratisierungsprogramme.

Da sich Staub-Bernasconi nicht in einem Bereich spezialisieren wollte, ging sie daraufhin auf einem Sozialdienst arbeiten. Sie erhielt ein UNO-Stipendium, mit welchem sie in die USA reisen und an drei Universitäten studieren konnte. Es gab zu jener Zeit die ersten grossen Konferenzen zu Armut in den USA. Die Schwarzen-Bewegung wurde von Sozialarbeitenden mitgetragen. Staub-Bernasconi hatte da die Erkenntnis, dass die Einzelfallhilfe nicht niedergemacht werden konnte. Sie lernte das Konzept der „concerned action“ auf verschiedenen Ebenen kennen: Hilfe am Individuum, Familien, Gemeinwesenarbeit und Lobbying in Washington DC.

Neben den praktischen Erfahrungen konnte sie an den Universitäten ohne Prüfungsdruck Vorlesungen der Soziologie, Sozialpsychologie und natürlich der Sozialen Arbeit besuchen, welche damals schon in den USA bis zum Doktorsniveau institutionalisiert war.

4.1.2 Aussagen zum Neoliberalismus

Im Folgenden fasse ich die Aussagen von Staub-Bernasconis Referat, das sie im Rahmen der Veranstaltungen von AvenirSocial „Soziale Arbeit im Wandel – im Spannungsfeld von Profession, Politik und Wirtschaft“ gehalten hat. Ihr Referat hat Staub-Bernasconi in schriftlicher Form unter dem Titel *Wege aus der Misstrauensfalle – muss sich soziale Arbeit von sich selbst befreien?* veröffentlicht.

Zum Anfang des Referats spricht Staub-Bernasconi über das Misstrauen der Menschen gegenüber den Selbstregulierungskräften des Marktes und somit in die Einsicht der Bankmanager_innen in die notwendige Revision ihrer Kontrollorgane, Bilanzen, Löhne und Boni. Sie stellt diverse Gegenüberstellungen an. Als erstes stellt sie eine Gegenüberstellung zwischen Geldern der öffentlichen Hand in das marode, globale Finanzsystem und den Sparübungen und Kämpfen um die Berechtigung und gegen den Abbau im Sozialwesen dar (vgl. Staub-Bernasconi 2008: 1). Staub-Bernasconi beobachtet die Nutzung von Menschenrechtsbegriffen. Beispielsweise wird die Situation der (Investment)Banken heute als „Zustand wachsender Verwundbarkeit“ dargestellt. Dieser Begriff war bisher für die von Menschenrechtsverletzungen bedrohten Menschen und Gruppen reserviert (vgl. ebd.: 2).

Sie zeigt auf, wie in der Wirtschaftswelt massenhaft Einkommen und Reichtum entstehen, ohne dass Leistung erbracht wird. Gleichzeitig weist sie darauf hin, dass Sozialhilfeempfänger_innen, die materielle und immaterielle Hilfe ohne Gegenleistung beziehen, öffentlich als „Sozialschmarotzer“ denunziert werden (vgl. ebd.: 2). Sie zeigt die Absurdität der aktuellen

Situation auf, indem sie schreibt, dass Banken nicht alle ihre Tätigkeiten in ihren Bilanzen aufzeigen müssen. Wie beispielsweise riskante, lukrative Offshore-Geschäfte, welche nicht in den Jahresbilanzen auftauchen. Zur selben Zeit müssen sich Klient_innen in finanzieller Not bis aufs Hemd ausziehen. Und denjenigen, die etwas verschwiegen haben oder aufgrund verschärfter Gesetze und Verordnungen ihre Unterlagen nicht fristgerecht eingereicht haben, wird die sofortige Kürzung der Sozialhilfe verordnet. Staub-Bernasconi fügt an, dass es menschenrechtwidrig ist, die Sozialhilfe vollständig zu kürzen oder zu streichen (vgl. ebd.: 2).

Staub-Bernasconi kritisiert, dass die Soziale Arbeit sich derweil seit Jahren dem Deregulierungs-, Spar- und Effizienzdictat und den mitgelieferten Managementtechniken der neoliberalen neuen Steuerungsmodellen beugt. Ihre Klientel soll so schnell wie möglich vom (Sozial)Staat befreit werden. Hier rufen die grössten und arrogantesten neoliberalen Hardliner und Plutokraten (Reichtumsherrschenden) nach „Mami und Papi Staat“, wobei jegliche Einmischung und Kontrolle durch den Staat verpönt wird (vgl. ebd.: 2f.).

Sie stellt einen weiteren Vergleich an: Potentielle oder aktuelle Klient_innen der Sozialen Arbeit sowie die Soziale Arbeit selbst stehen seit Jahren am Pranger und vor immer weiteren Kürzungen ihrer finanziellen Mittel. Gleichzeitig werden Grossunternehmen, wie die UBS im Jahre 2008, per Notrecht mit den nötigen finanziellen Mitteln versorgt. Staub-Bernasconi fasst dies in Anlehnung an einen Artikel aus dem *TagesAnzeiger* vom 11.11.2008, wo von einem „Sozialstaat für reiche Privilegierte – rigider, zynischer, menschenverachtender Neoliberalismus für die Armen“ gesprochen wird, zusammen (vgl. ebd.: 3).

Staub-Bernasconi beschreibt die doppelte Moral, der ein demokratischer Rechtsstaat absolut unwürdig sei. Es handelt sich einerseits um bedingungslose Hilfe für die skrupellosen Konstrukteure der globalen Finanzkrise und andererseits um soziale Kontrolle, Existenzbedrohung und den Entzug der Existenzsicherung für die Klientel Sozialer Arbeit. Sie wählt die Worte: „Staatsschutz für den Luxus und die Ausschweifungen einer kleinen Oberschicht, Repression für die Unterschicht“ (vgl. ebd.: 3).

Staub-Bernasconi verweist im Hinblick auf die oben genannte Doppelmoral auf die Präambel der Schweizerischen Bundesverfassung: „[...] dass die Stärke des Volkes sich misst am Wohl der Schwachen [...]“ (Bundesverfassung 2017: o.S.). Heute werde diese Prämisse verhöhnt (vgl. Staub-Bernasconi 2008: 4).

Nach den Gegenüberstellungen beschreibt Staub-Bernasconi die Fremd- und Selbstkolonialisierung der Sozialen Arbeit und ihrer Disziplin durch den Neoliberalismus. Zum besseren Verständnis führt Staub-Bernasconi die „zehn Gebote des Konsenses“ aus dem Jahre 1989/1990 zwischen den Bretton Woods Institutionen - Welthandelsorganisation, Weltbank,

Internationaler Währungsfonds an, in denen Folgendes vereinbart wurde (unter Bezugnahme auf den Ökonomen Williamson, 1989) (Kellermann 2006: zit. nach Staub-Bernasconi 2008: 4):

"1. Wichtigstes Ziel der Wirtschaft ist Wachstum. Wachstum schafft Arbeitsplätze, Reichtum, Entwicklung, Gleichheit, Demokratie. Die Umsetzung dieses Credos erfolgte u.a. anhand folgender Handlungsleitlinien:

2. Ökonomische Globalisierung: Alle Grenzen müssen für den globalen Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital, Investitionen geöffnet werden.

3. Privatisierung

4. Deregulierung (Liberalisierung): Regeln und Gesetze, die den Freihandel behindern, müssen dereguliert werden.

5. Globaler Freihandel, nicht lokale Produktion ist die Quelle des Reichtums.

6. Einschränkung der Rolle des Staates, vor allem in der Wirtschaft.

7. Senkung der Steuern für Unternehmer.

8. Einschränkung der Staatsausgaben, so für Gesundheit, Bildung, Soziales usw.

9. Ungehinderte Konkurrenz aller gegen alle zur Ankurbelung der Leistung.

10. Liberalisierung des globalen Freihandels."

Staub-Bernasconi beschreibt die Parallelen von Neoliberalismus und Kommunismus. Vergleicht man das Credo beider Ausrichtungen finden wir in ihren Glaubenssätzen und Dogmen keine Menschen. Die Gesetze der Ökonomie sind die Ursache für alles, was man der Welt an Genesung und sozialem Fortschritt verspricht. Sie führt aus, was von den neoliberalen, ökonomischen Heilserwartungen übrig bleiben wird. Es ist eine in ihrer Länge unbekanntere Rezession, eine Krise der Welt- und Lokalwirtschaft, weltweite Hunger- und Armutskrisen, Vermögensverluste bei Millionen von Kleinanleger_innen, ansehbare Einbussen bei den Löhnen, Millionen von Erwerbslosen, Verluste bei den Pensionskassen, den Stiftungen, bei der öffentlichen Hand und mithin im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesen – alles Verluste, die der gesamten Wohnbevölkerung eines Landes sowie der armen Weltbevölkerung aufgebürdet werden (vgl. Staub-Bernasconi 2008: 5).

Nach diesen Gegenüberstellungen geht Staub-Bernasconi auf die Kritik der Sozialen Arbeit am Neoliberalismus ein. Sie fragt sich, ob der Neoliberalismus der Sozialen Arbeit aufgezungen wurde. Sie stellt sich diverse Fragen, wie die Soziale Arbeit ökonomisiert und durch restriktive Sozialpolitik neoliberal gesteuert werden konnte. Sie fragt sich, ob die Soziale Arbeit überhaupt gemerkt hat, dass die Vertreter_innen des Neoliberalismus' sehr subtile Stra-

tegien zu seiner Verbreitung und Durchsetzung nutzen. Beispielsweise weist Staub-Bernasconi auf den Fakt hin, dass in der Lehre flächendeckend Masterstudiengänge in Sozialmanagement an den Fachhochschulen für Soziale Arbeit angeboten werden. Sie stellt die Hypothese auf, dass dieser Umstand die Professionalisierung der Sozialen Arbeit in weite Ferne rückt. Managementbegriffe und -techniken werden den Studierenden gelehrt. Begriffe werden verwendet, die eigentlich mehrheitlich aus der neoliberalen Betriebswirtschaftslehre stammen (vgl. ebd.: 5).

Staub-Bernasconi zeigt auf, dass die Vertreter_innen des Neoliberalismus' es geschafft haben, eines der vielen menschlichen Bedürfnissen klug anzusprechen: Die Freiheit als Kontrolle der eigenen Lebensumstände. Aussenvorgelassen bleibt die Befriedigung vieler weiterer Bedürfnisse. Sie denkt hierbei an die Bedürfnisse nach sozialer Mitgliedschaft, Orientierung, Schutz bzw. Sicherheit, welche auf der Strecke bleiben (vgl. ebd.: 6).

In einer weiteren Frage deckt Staub-Bernasconi den Umstand auf, dass die Soziale Arbeit ihre über 100 Jahre entwickelte Fachsprache und Disziplin zu einem grossen Teil durch heute nicht mehr wegzudenkende, ganz neue Begriffswelten und Sprachregelungen verdrängen liess. Sie spricht gar von Kolonialisierung und Eliminierung der sozialarbeiterischen Fachsprache. Beispielsweise wird der Begriff „Selbst“ intensiv genutzt: Selbstentwicklung, Selbstverwirklichung, Selbstwirksamkeit, Selbstkompetenz, Selbstmanagement etc. Es geht hierbei um die individuelle Entwicklung, Kompetenz, Verantwortung und Ermächtigung. Es geht um das Individuum. Jegliche Einflüsse und ein differenziertes Bild eines sozialen Umfeldes, einer Gesellschaft und ihrer Austausch- und Machtstrukturen werden aussenvor gelassen (vgl. ebd.: 6).

Sie deckt einen weiteren Begriff auf, der in die sozialarbeiterische Fachsprache und Methoden Einzug hielt: „Management“. Zentrale Sachverhalte erhalten das Etikett „Management“: Geld-, Stress-, Anreiz-, Unterstützungsmanagement etc. Es heisst nicht mehr Einzelfallhilfe, sondern Casemanagement. Darauf resultieren Kunden- und Outputorientierung, Produkte, eine Taylorisierung (wissenschaftliche Betriebsführung) der Arbeitsabläufe, Anreize, mit dem Anschein der Selbstverwaltung gewährte Globalbudgets und nachgelieferte Stückzahl- und Effizienzmanagementvorgaben. Kurz nennt Staub-Bernasconi dies zynisch neoliberale Planwirtschaft als neue Fachsprache (vgl. ebd.: 6).

Staub-Bernasconi zeigt auf, dass betriebswirtschaftliche Sprache, Begriffe und Tools für ein professionelles Management von sozialen Organisationen legitim sind. Als Fachbegriffe für eine Sozialarbeitswissenschaft und Profession der Sozialen Arbeit jedoch wertlos sind. Die Begriffe haben keinen Bezug zur Realität der Sozialen Arbeit, den sozialen Problemen, den Adressat_innen und ihren sozialen Umfeldern. Diese neoliberalen Begrifflichkeiten, Staub-

Bernasconi spricht von Sprachhülsen, sind sehr wirksam in Bezug auf Entprofessionalisierungsprozesse der Sozialen Arbeit, die den Weg für eine Managementelite freimachen (vgl. ebd.: 7f.).

In einer weiteren Frage prangert Staub-Bernasconi die Lösungsorientierung als allgegenwärtiges, methodisches Zauberwort an. Sie sagt, dass sich die Soziale Arbeit durch die Einführung dieses Konzeptes von der Diagnose der realen Situation von Adressat_innen, von Leiden und Not und deren sozialen, gesellschaftlichen Dimensionen verabschiedet hat. Im Gegensatz dazu ermöglicht die Lösungsorientierung, Soziale Arbeit zu betreiben, die ihre Klientel sozialadministrativ verwaltet, ohne irgendeinen Gedanken an die Erklärung von Armut, Erwerbslosigkeit, Migration, Ausbeutung, Diskriminierung oder Gewalt zu verschwenden (vgl. ebd.: 6). Staub-Bernasconi fasst zusammen, dass der Neoliberalismus als universelles Projekt für seinen weltweiten Siegeszug auf einen autonomen Menschen angewiesen ist, der ohne Mitgefühl für andere, ohne Loyalität zu anderen Menschen, ohne Wissen über die (Macht)Struktur und Dynamik von (Welt)Gesellschaft existiert (vgl. ebd.: 7).

Staub-Bernasconi skizziert zwei Befreiungspfade vom Beruf zur Profession, welche bei einem Um- und Neudenken der Sozialen Arbeit beginnen (vgl. ebd.: 8). In einem demokratischen Rechtsstaat kann es als ersten Befreiungspfad keine Doppelmoral geben. Sie meint damit die Forderung der oberen Etage der Gesellschaft an neues Vertrauen für „Finanzjongleure und Abzocker“, welche um Staatshilfe betteln, ferner die Gewährung grosszügiger, straf- und beinahe auflagenfreier Subventionierung von bankrotten Unternehmen durch die Bürger_innen, während die Reichen mit ihren Privatjets an Hearings reisen. Soziale Arbeit muss daher genau das gleiche Vertrauen für ihre Klientel, insbesondere Sozialhilfeempfänger_innen, entgegen bringen können. Grundsätzliches Vertrauen bis zum empirisch einwandfrei feststellbaren Vertrauensbruch muss wieder ausnahmslos zur obersten Leitlinie jeder Begegnung zwischen Sozialarbeitenden und ihren Adressat_innen werden (vgl. ebd.: 9).

Als zweiter Befreiungspfad muss der Diskurs um Anreiz und Aktivierung, festgesetzt in der Formel Fördern und Fordern, hinterfragt werden. Staub-Bernasconi sagt es in den Worten von Richard Sennett. Diejenigen, die diese Formel entworfen haben, so lautet die These, haben Null Bewusstsein dafür, auf welchem Privilegienniveau sie schweben und inwiefern der Glaube an den eigenen Willen, an Freiheit, autonomer Lebensgestaltung ein Heer von unsichtbaren Helfer_innen voraussetzt, die direkt oder indirekt dafür garantieren, dass ihnen nichts wirklich Schlimmes passiert. Sie gehen da von der Fiktion aus, dass „Wenn ich das kann, warum du nicht? Streng dich an, entwickle einen festen Willen und dann geht alles von selber!“ (vgl. ebd.: 9).

Staub-Bernasconi erwähnt ein weiteres Mal Sennett, der auf den philosophischen Hintergrund verweist, der besagt, dass jede Abhängigkeit demütigend und unwürdig sei. Aus dieser westlichen, liberalen Denkweise resultiert diese ebengenannte Vorstellung, welche u.a. auf Immanuel Kant zurückzuführen sei. Abhängigkeit wird so als einen unvollkommenen, defizitären Zustand beschrieben, der für ein Kind normal, aber für einen Erwachsenen abnormal sei. So war es normal, eine Frau als halbwüchsiges, unmündiges Kind mit einem naturgegebenen Unvermögen, sich ihres eigenen Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen, zu erklären. Dies rechtfertigte es, Frauen in allen Belangen des Lebens unter die gesetzlich verankerte Vormundschaft des Mannes zu stellen. Hinzu kommt, wer erwachsen ist und somit unabhängig ist, darf nicht wieder abhängig werden. Den Respekt des Erwachsensein verdient man nur durch Arbeit als individuelle Leistung (vgl. ebd.: 9f.).

Die politische Philosophie des Liberalismus' übertrug diese Vorstellung auf den Sozialstaat, so Staub-Bernasconi. Konkret heisst das, dass die Abhängigkeit und insbesondere die Abhängigkeit vom Staat erwachsene Menschen dazu bringt, sich wie Kinder zu verhalten. Staub-Bernasconi bringt noch einmal Kant ins Spiel, der von einem selbstverschuldeten Verhalten spricht. Sie beschreibt die Vorstellung, dass man letztlich ein Unrecht begeht, wenn man sich persönlich um erwachsene, abhängige Menschen kümmert (vgl. ebd.: 10).

Staub-Bernasconi greift noch mal den Aspekt auf, dass man sich Selbstachtung, Anerkennung und Respekt gemäss der liberalen Philosophie nur über Arbeit und individuelle Leistung erwerben kann. So können „Unproduktive“ oder „Unwirtschaftliche“ bis heute weder auf Respekt noch Mitgefühl oder gar Mitleid zählen. Die Geber_innen – neuerdings auch Sozialarbeitende – diagnostizieren einen fehlenden Willen, Faulheit und Sünde, wie sie auch schon in den ältesten Teilen der Bibel verdammt wurden. Damit ist die Frage nach human- und sozialwissenschaftlichen Erklärungen vom Tisch (vgl. ebd.: 10f.).

Staub-Bernasconi zeigt eine Paradoxie auf, dass Sozialarbeitende oft vehement die Auswirkungen des Neoliberalismus' kritisieren. Trotzdem praktizieren ihn die Meisten in mehr oder weniger reiner Form, wenn sie die neoliberalen Instrumente anwenden, nur nach dem Willen der Klient_innen fragen, eine Vereinbarung treffen und beim Versagen, diese umzusetzen, mit Sanktionen aufwarten. Sie erfüllen somit in erster Linie den Auftrag, die Klientel so schnell wie möglich vom Staat zu befreien (vgl. ebd.: 11).

Heute haben wir gemäss Staub-Bernasconi nur noch eine pervertierte Version der grossen alten liberalen philosophischen Ideen. Einen ökonomistisch verengten Wirtschaftsliberalismus, der nur noch für die Freiheit des Marktes eintritt und die Sorge um die realen Nöte verletzbarer Menschen theoretisch, gesetzlich und technokratisch über sein Vokabular des selbstgesteuerten und selbstverantwortlichen Individuums wegtrainiert hat (vgl. ebd.: 11).

Die komplizierten Probleme des Talents oder des Wollens, der Abhängigkeit und der Fürsorge lassen sich nicht durch Privatisierung oder Verlagerung auf die Gemeinschaft, resp. die Zivilgesellschaft, lösen. Richten Sozialarbeitende ihr Handeln an diesen falschen Vorstellungen aus, vergrössern sie nur die Ungleichheit des Respekts und vertiefen die soziale Kluft zwischen den Sozialhilfeempfänger_innen und der restlichen Gesellschaft. Der erste Befreiungsschritt heisst somit, die Loslösung von einem empirisch-wissenschaftlich nicht haltbaren Menschenbild des Neoliberalismus¹, welches von der Sozialen Arbeit mitgetragen wird (vgl. ebd.: 12).

Einen zweiten Befreiungsschritt sieht Staub-Bernasconi bei der Anerkennung eines dritten Mandates. Das doppelte Mandat „Hilfe und Kontrolle“ oder auch kritisch „Hilfe zur Kontrolle“ ebnet höchstens die Vorstellung, dass Sozialarbeitende in diesem Rahmen im besten Falle geschickte Ressourcenerschliesser_innen und faire Mittler_innen zwischen den Ansprüchen und Interessen der Klient_innen und denjenigen der Gesellschaft, repräsentiert durch die sozialen Einrichtungen, zu sein haben. Durch die Beschränkung auf diese beiden Mandate verbaut sich die Soziale Arbeit im Rahmen einer Wissensgesellschaft den Weg zur gesellschaftlichen Anerkennung (vgl. ebd.: 12).

Es macht eine Profession der Sozialen Arbeit aus, dass sie im Unterschied zum Beruf nicht nur ein doppeltes, sondern ein Tripelmandat hat. Dieses dritte Mandat erhält die Profession von den Akteur_innen der Profession selbst. Das heisst; von ihren lokalen, nationalen und internationalen Vereinigungen sowie ihren Berufskammern und indirekt natürlich von den wissenschaftlichen Standards der Ausbildung (vgl. ebd.: 12f.).

Staub-Bernasconi listet auf, woraus dieses dritte Mandat bestehen muss. Einerseits besteht es aus einem Ethikkodex, den sich die Profession ohne Einfluss und Druck von aussen selber gegeben hat. Zudem bleibt dieser aufgrund neuer Problemlagen revidierbar. In Orientierung am internationalen konsensualen Ethikkodex verweist dieser auf soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte als zentrale Wertebasis der Sozialen Arbeit. Dieser Bezug auf diesen Kodex weist sehr viel komplexere Begründungs- und Umsetzungsprobleme auf. Dennoch sind Sozialarbeitende angehalten, unter Bezug auf ihren Ethikkodex bestimmte Aufträge seitens der Vorgesetzten, Trägerschaften oder Politiker_innen, aber je nachdem auch seitens der Klientel, zurückzuweisen. Staub-Bernasconi beschreibt zudem das UNO-Manual „Soziale Arbeit und Menschenrechte“, das daran festhält, dass die professionelle Soziale Arbeit im Zweifelsfalle auf der Seite der Klientel stehen muss (vgl. ebd.: 13).

Zum anderen besteht dieses dritte Mandat aus wissenschaftsbasierten Arbeitsweisen und Methoden, genauer auf der Voraussetzung, dass das viel zitierte Theorie-Praxis-Problem gelöst ist. Eine Profession benötigt als Schlüsselkompetenz wissenschaftlich erhobenes

Beschreibungs- und Erklärungswissen. In unserem Fall handelt es sich hier um wissenschaftliches Wissen über die Merkmale und die Entstehungsbedingungen sowie darum die Folgen sozialer Probleme und dieses Wissen eigenständig in Handlungsleitlinien, Methoden und die dazugehörigen Verfahren und Techniken zu übersetzen. Staub-Bernasconi spricht hierbei von einem transformativen Dreischnitt, welcher mit der Forderung verknüpft ist, Hilfsprozesse im Hinblick auf ihre Wirksamkeit zu evaluieren und in diesem Zusammenhang die Diskussion über Qualitätssicherung für dieses Ziel zu nutzen (vgl. ebd.: 13).

Als letzten Punkt entwirft Staub-Bernasconi pragmatische und darum realisierbare Vorschläge für die Soziale Arbeit. Sie weist die grossen Forderungen, wie „Neoliberalismus weg!“ oder die Rückbindung des Finanzmarktes an reale Produkte etc. nicht von der Hand, sieht den Einsatz der Sozialen Arbeit in einem kleineren Bereich. Sie nennt den Weg vom Beruf zur Profession als eine Möglichkeit. Konkret meint sie, dem dritten, professionellen Mandat den Weg zu ebnen. So soll das professionsethische, menschenrechtliche Mandat der Sozialen Arbeit gestärkt werden. Sie schlug damals zum UNO-Jahr für Menschenrechtslernen vor, eine Arbeitsgruppe zur Durchsuchung der Tageszeitungen auf Menschenrechtsverletzungen zu gründen. Diese Gruppe sollte mit den relevanten Akteur_innen, ob Täter_innen oder Opfern in Kontakt treten, um ihnen das Bewusstsein dafür zu schärfen, was aus menschenrechtlicher Sicht vorgefallen war. Zudem bestand damals eine Arbeitsgruppe, die sich mit der Ratifizierung der revidierten Europäischen Sozialcharta befasste. Des Weiteren nennt Staub-Bernasconi, dass die Idee verbreitet werden soll, dass Ombudsstellen im Sozialwesen gegründet werden sollen (vgl. ebd.: 14f.).

Staub-Bernasconi spricht auch davon, dass die wissenschaftlichen Wissensbestände übersetzt und transformiert werden müssen. Das Wissen soll in wissenschaftsbasierte Handlungsleitlinien und wissenschaftliche Evaluationsprojekte übersetzt werden. Diese Schlüsselkompetenz der Sozialen Arbeit soll in Gang gebracht werden. Staub-Bernasconi spricht davon, dass mehrere Personen angestellt werden sollten, die damit beginnen, Forschungsergebnisse der einschlägigen nationalen Forschungsprogramme sowie der Forschungsabteilungen der Fachhochschulen für die Praxis, insbesondere für die interprofessionelle Zusammenarbeit zu verbreiten (vgl. ebd.: 15).

4.1.3 Analyse

Staub-Bernasconi scheut sich nicht davor, komplexe Themen aufzugreifen und gewisse anerkannte, verhärtete Konzepte, wie das Konzept „Fördern und Fordern“ harsch zu kritisieren (vgl. ebd.: 9).

Sie bleibt grundsätzlich nah am Menschen. Beispielweise greift sie die Bedürfnisse der Menschen nach sozialer Mitgliedschaft, Orientierung, Schutz bzw. Sicherheit auf, welche durch

die Erfüllung des neoliberalen, hoch gewerteten Bedürfnisses nach Freiheit als Kontrolle der eigenen Lebensumstände, abgelöst zu werden scheinen. Zudem zeigt sich in ihrer Kritik am lösungsorientierten Konzept, dass sie sich mit den realen Problemen der Menschen auseinandersetzen und eine Diagnose der realen Situation von Adressat_innen und deren gesellschaftlichen Dimensionen in den Fokus richten möchte (vgl. ebd.: 6).

Staub-Bernasconi hat einen starken Fokus auf die Menschenrechte. In ihrer Kritik am Neoliberalismus sowie an ihren Vorschlägen für die Soziale Arbeit zeigt sich immer wieder der Bezug zu den Menschenrechten (vgl. Staub-Bernasconi 2008: 1ff). Bereits als junge Frau kam sie durch ihr Stipendium mit der UNO in Kontakt. Ich wage die Hypothese, dass Staub-Bernasconi dadurch intensiv mit den Menschenrechten in Kontakt kam und diese deshalb in ihren wissenschaftlichen Fokus aufnahm.

Wie es wohl für ein Referat typisch ist, hat Staub-Bernasconi einen starken, fast polemischen Ansatz gewählt. Sie vergleicht anfangs die Widersprüchlichkeit, zwischen dem, was der unteren Schicht der Gesellschaft widerfährt und dem, was sich die, wie sie es nennt, „obere Etage“ leisten kann. Beispielsweise zeigt sich der Widerspruch auch darin, dass in der Wirtschaftswelt massenhaft Einkommen und Reichtum ohne Leistung erzielt werden kann und Sozialhilfebezüger_innen wegen mangelnder Gegenleistung für materielle Hilfe als Schmarotzer bezeichnet werden (vgl. ebd.: 2).

Staub-Bernasconi übt grosse Kritik am Neoliberalismus. Ihren Fokus legt sie in ihrem Text hauptsächlich darauf, was die Soziale Arbeit versäumt hat, wo sie sich wehren muss und welchen Weg die Soziale Arbeit einschlagen könnte. So zeigt Staub-Bernasconi auf, wie durch Sprache, subtile Methoden und neoliberale Techniken die Soziale Arbeit beeinflusst wurde (vgl. ebd.: 5ff). Am Schluss ihres Referats zeigt sie ganz klare Wege für die Soziale Arbeit auf (vgl. ebd.: 11ff). Es kann davon ausgegangen werden, dass Staub-Bernasconi eine klare Identifizierung mit der Sozialen Arbeit hat, da sie ihre Ausbildung in diesem Bereich gemacht hat. Staub-Bernasconi spricht nicht gross davon, etwas am Sozialstaat zu ändern. Sie ruft viel mehr durch das dritte Mandat dazu auf, sich selber ein Mandat von der Profession und der Legitimation durch die Menschenrechte zu geben und initiativ zu werden. Den Staat als Mandat gewichtet Staub-Bernasconi zumindest in diesem Referat nicht stark.

Interessant ist, dass Staub-Bernasconi anfangs radikal argumentiert. Zum Schluss erscheinen die Forderungen für die Soziale Arbeit sehr abgeschwächt und entsprechen nicht dem anfänglichen Missmut über die offenbar unhaltbare, aktuelle Situation.

4.2 Hans Thiersch

Für eine weitere Analyse habe ich Hans Thiersch gewählt. Thiersch hat mit seiner Theorie der Lebensweltorientierung eine wichtige Weichenstellung in der Sozialen Arbeit erreicht. Für die folgende Analyse seiner Aussagen werde ich seinen Beitrag für das Fachmagazin *die neue Praxis* 3/13 mit dem Titel *Soziale Arbeit in den Herausforderungen des Neoliberalismus und der Entgrenzung von Lebensverhältnissen* verwenden.

4.2.1 Biographie

Hans Thiersch ist 1935 geboren. Thiersch hat ein Studium der Philologie, Philosophie, Theologie und Pädagogik abgeschlossen. Von 1970 bis 2002 war er Professor für Erziehungswissenschaften und Sozialpädagogik an der Universität Tübingen. Seit dem 31.03.2002 wurde Thiersch emeritiert. Zudem hat er einen Ehrendoktor der Technischen Universität Dresden und der Universität Lüneburg erhalten. Daneben war er Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft, Mitglied der Studienreformkommission, der Sachverständigenkommission (8. Jugendbericht) sowie des Wissenschaftlichen Beirats des Deutschen Jugendinstitutes (vgl. <http://www.hans-thiersch.de/Hans-Thiersch.de/Biografie.html>: o.S.).

4.2.2 Aussagen zum Neoliberalismus

Aus dem Beitrag *Soziale Arbeit in den Herausforderungen des Neoliberalismus und der Entgrenzung von Lebensverhältnissen* im „neue Praxis“ 3/13 möchte ich die wichtigsten Punkte zusammenfassen.

In einem ersten Teil geht Thiersch auf die gegenwärtige Situation der Sozialen Arbeit ein. Er teilt diese in eine Vorder- und Hinterbühne ein. Auf der Vorderbühne hat sich die Soziale Arbeit in den letzten 50 Jahren stark ausgebaut. Sie bezieht sich auf vielfältige Problem- und Notlagen der Gesellschaft und repräsentiert sich als selbstverständlicher Bestandteil heutiger kommunaler Infrastruktur (vgl. Thiersch 2013: 205). Um das Jahr 1990 kam es zu vielfältigen neuen Entwicklungen in Arbeitsansätzen und Methoden, sowie in organisationalen Strukturen der Institutionen. Es kam zu neuen Kooperationsformen beispielweise mit Schulen und Vernetzung im sozialen Raum zwischen Sozialer Arbeit und zivilgesellschaftlicher Aktivität (vgl. ebd.: 205f.).

Hinter all diesen spannend klingenden Entwicklungen auf der Vorderbühne zeigt sich auf der Hinterbühne eine düstere Landschaft auf. Thiersch nennt hier die gesellschaftliche Spaltung. Die Schere zwischen den wenigen sehr Reichen und den vielen Armen öffnet sich weiter. Diese Gruppe Armer ist durch die Verhältnisse überfordert, wird an den Rand gedrängt und verelendet. Es sind somit ganz neue Zonen der Verelendung entstanden (vgl. ebd.: 206).

Anstatt die Soziale Arbeit zu stärken, wird diese in ihrer Leistungsfähigkeit zurückgenommen und in Frage gestellt. Die Arbeitsanforderungen und –Belastungen in den einzelnen Stellen nehmen zu. In diversen Bereichen fehlen die Ressourcen. Gleichzeitig kommt hinzu, dass neue Verwaltungsaufgaben in den Formen sozialtechnologischer Kontrolle und betriebswirtschaftlich orientierten Managements die Arbeit erschweren, ja erdrücken (vgl. ebd.: 206).

Zudem wird die Soziale Arbeit eingeschüchtert. Sie agiert unter angespannter öffentlicher Aufmerksamkeit und der Erwartung, dass die Soziale Arbeit ihre Aufgaben im Griff hat. Die Menschen sind verstört, wenn die Soziale Arbeit in ihren eingeschränkten Arbeitsbedingungen versagt. Politik und Öffentlichkeit stellen die Standards in Frage. Anstatt der Sozialen Arbeit mehr Ressourcen zu bieten, wird der Ausbau strengerer Kontrollen sowie Entschiedenheit und Härte gefordert (vgl. ebd.: 206).

Thiersch geht auf die diversen Reaktions- und Verhaltensmuster Sozialarbeitender ein. Einige finden sich mit den Entwicklungen ab. Andere leiden daran und finden für sich Selbstrechtfertigungsstrategien. Wieder andere sind erschöpft und müde durch den erlebten Widerspruch. Noch andere zeigen sich wütend und empört. Die eigene Arbeit soll seiner Meinung nach anerkannt werden und die Soziale Arbeit eine Repolitisierung erfahren (vgl. ebd.: 207).

Thiersch sieht es als notwendig an, eine ausholende Erörterung der gegenwärtigen Situation zu machen. Er beschreibt vier Aspekte der derzeitigen Gesellschaft, die er die „zweiten Moderne“ nennt (vgl. ebd.: 207ff). Zum einen ist sie die Gesellschaft im Horizont der Entgrenzung der Strukturen und Lebensumstände. Es kommt zu einer Individualisierung und zu einer Pluralisierung von Produktions-, Konsum- und Lebensverhältnissen. In ganz vielen Bereichen kommt es zum Abbau alter Zwänge und Hierarchien und somit zu einer Öffnung in diversen Bereichen. Zur selben Zeit entstehen neue derartige Gebilde. Somit eröffnen sich neue Chancen und damit einhergehend entstehen neue Erwartungen, Zumutungen und Überforderungen, sich im Risiko dieser offenen Verhältnisse zu behaupten und die Gefahr, sich im Beliebigen zu verlieren. Diese Entwicklungen sind ein Hintergrund des Ausbaus auch der Angebote in Bereichen der Sozialen Arbeit. Zudem sind sie Hintergründe für die Unübersichtlichkeiten, Unklarheiten und Widersprüche in den Bestimmungen der Aufgaben der Sozialen Arbeit (vgl. ebd.: 208). Zum Zweiten ist sie die Gesellschaft im Zeichen zunehmender Rationalisierungen in der Gestaltung von Arbeits- und Lebensverhältnissen. Es geht im Handeln ebenso wie in Organisationen um eindeutige Zweck-Mittel Relationen und somit um überschaubare und kontrollierbare Planungen, um Effizienz und Effektivität und die transparente Kalkulation von Kosten und Gewinn. Es geht um die Vermeidung und zunehmende Ausschaltung aller Muster, die dieser Logik nicht folgen. Diese allgemeinen Tendenzen werden in den Methoden und Organisationsmodellen der Sozialen Arbeit repräsentiert (vgl. ebd.:

208f.). Zum Dritten ist sie die Gesellschaft der Produktions- und Kapitalinteressen in den Konzepten des Liberalismus' und des Neoliberalismus'. Die Brauchbarkeit oder Unbrauchbarkeit von Menschen wird in klaren Konzepten entschieden. Die Freiheit der menschlichen Entfaltung ist die Produktivkraft der Entwicklung und die Freisetzung und Stärkung dieser Kraft wird vor allem in Eigentum und ökonomischer Produktivität gesehen. Nur wer sich also in den Anforderungen der Leistung behauptet und darin gewinnt, gilt als leistungsfähig. Es zählen Wettbewerb und Stärke in der Konkurrenz (vgl. ebd.: 208f.).

Thiersch überträgt diese Positionen auf die heutige politische Grosswetterlage. Er nennt die Angst und den Stress, sich nicht behaupten zu können. Diese bestimmen die Denunziation von Menschen in schwierigen Verhältnissen, die ihre Verhältnisse vermeintlich nicht in die Hand nehmen können und dabei den Sozialstaat ausnutzen und sich auch noch behaglich in ihm einrichten. Der Neoliberalismus unterwirft die Soziale Arbeit den Gesetzmässigkeiten der betriebswirtschaftlichen Logik. Fordern und dann erst Fördern. Dies geht mit dem Ruf nach neuer Härte in der Sozialen Arbeit und den Praxen der Disziplinierung einher (vgl. ebd.: 209). Zum Vierten ist sie die Gesellschaft der Aufklärung und der sich zunehmend artikulierenden und durchsetzenden Postulate der Gerechtigkeit, Demokratisierung und Menschenrechte. Die oben beschriebenen ökonomischen und neoliberalen Interessen sind nur eine Seite der gesellschaftlichen Auseinandersetzung. Gegen diese Entwicklungen stehen neuzeitliche Projekte wie die soziale Gerechtigkeit, welche Gerechtigkeit mit Freiheit, Gleichheit und Solidarität verbindet. Im gleichen Zug beschrieb Thiersch die Entwicklungen diverser Emanzipationen im Zeichen von Verteilungs- oder Zugangsgerechtigkeit, welche schliesslich zur Deklaration der Menschen- und Kinderrechte der Vereinten Nationen führten (vgl. ebd.: 210).

Thiersch geht in einem weiteren Teil auf die Gerechtigkeit im Horizont von Gleichheit ein. Er geht darauf ein, dass das Projekt soziale Gerechtigkeit im Laufe seiner Geschichte von unterschiedlichen Akteur_innen vorangetrieben wurde. Die Gestaltung des Demokratisierungsprozesses reichen hin bis zur Realisierung des Sozialstaatspostulats. Hier geht es um Sozialpolitik, Bildungs- und Gesundheitspolitik und somit auch um Soziale Arbeit. Hier fällt ihr die spezifische Aufgabe zu, Menschen in sozialen Problemen in der Bewältigung ihrer Lebensschwierigkeiten zu unterstützen, soziale Gerechtigkeit also in den konkreten Lebensverhältnissen der Alltagsbewältigung zu realisieren (vgl. ebd.: 210f.).

Thiersch versteht die Soziale Arbeit als ein Projekt der dritten Phase der Realisierung sozialer Gerechtigkeit als Gerechtigkeit von Verhältnissen. Er beschreibt die beherrschende Dominanz der Kapitalinteressen und des Liberalismus, in welchen arme und randständige Menschen stigmatisiert, diszipliniert und in die Normalität und Arbeitserwartungen der Gesellschaft eingepasst wurden. Zur gleichen Zeit blieben Intentionen im Zeichen der Aufklärung, Gerechtigkeit und Bildung weitgehend marginal und konnten sich erst zögernd als allgemei-

nes Angebot der Gesellschaft und als Moment ihrer modernen Infrastruktur realisieren. Thiersch schneidet ebenfalls das Thema des Verfalls und der Zersetzung der Sozialen Arbeit im Nationalsozialismus an. Danach konnte und wollte sich die Gesellschaft innerhalb der Sozialpolitik auch den Ausbau der Sozialen Arbeit leisten (vgl. ebd.: 211).

Es gilt diesen Anspruch, den die Gesellschaft sich selber gesetzt hat und die darin liegende Prinzipien und Aufgaben einzuklagen. Dies muss sie tun, um gegen die Dethematisierung des Neoliberalismus' vorzugehen. Sie muss sich dieser Orientierung der sozialen Gerechtigkeit an den derzeit so massiven sozialtechnologischen oder betriebswirtschaftlichen Realisierungsproblemen und in allen so zermürbenden und entmutigenden Alltagsauseinandersetzungen bewusst sein und sie offensiv zur Geltung bringen (vgl. ebd.: 211f.).

Thiersch zeigt das Dilemma auf, das darin besteht, dass die Soziale Arbeit den spezifischen Auftrag hat, Menschen in der Gestaltung ihrer alltäglichen Lebensverhältnissen zu unterstützen, da diese durch die den Alltag prägenden gesellschaftlichen Strukturen in ihrem durch die Verfügbarkeit, resp. Nicht-Verfügbarkeit, von Ressourcen in den Lebenslagen, durch Rechtsposition oder durch kulturelle Traditionen und Deutungsmuster geprägt sind (vgl. ebd.: 212). Die Soziale Arbeit ist in diese Strukturen und die Auseinandersetzungen um ihre Gestaltung eingebettet, da sie als Rahmenbedingungen die Grenzen und Möglichkeiten ihrer Arbeit bestimmen. Die Soziale Arbeit steht somit im Widerspruch zwischen der notwendigen, aber auch begrenzten Arbeit und dem Leiden an der Begrenztheit des Auftrags der Einmischung in die gesellschaftlich politischen Verhältnisse und Politiken (vgl. ebd.: 212). Die Einmischung sieht Thiersch als fundiert in einer Expertise, die aus den spezifischen Arbeitserfahrungen stammt und die in den gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen und Verhandlungen in ihrer eigenen Stimme zur Geltung gebracht werden muss. Dies soll auf verschiedenen Ebenen der Gestaltung realisiert werden. In der öffentlichen und politischen sowie auch in der regionalen und kommunalen Auseinandersetzung. Es bedarf auf diesen unterschiedlichen Ebenen unterschiedliche Sprachen zu kennen. Es gibt da zwei Pole: Einerseits die Darstellung und den analysierenden Bericht und andererseits die öffentliche Skandalisierung und der Protest (vgl. ebd.: 212). Soziale Arbeit soll sich in der allgemeinen Bewegung hin zur Vision sozialer Gerechtigkeit ausdrücklich in einem solchen Verbund platzieren. So ist eine gerechte Zukunft nur im Zusammenspiel sozialer und ökologischer Ansätze und Bewegungen möglich und somit durch Kooperation. Thiersch begründet den Nachholbedarf in der aktuellen Situation der Einengung und Verängstigung (vgl. ebd.: 212).

Thiersch beschreibt den Auftrag der Sozialen Arbeit wie folgt: Die Soziale Arbeit sieht Menschen in ihren Ressourcen und Konzepten der Lebensbewältigung, sie versteht Probleme als Versuche, in schwierigen Verhältnissen mit dem Leben zurecht zu kommen und sie ist parteilich für sie in ihren Entwicklungs-, Lern- und Bildungsaufgaben im Horizont sozialer

Gerechtigkeit. Zudem beschreibt Thiersch die Prämissen der Sozialen Arbeit: Unbedingte Anerkennung des anderen in seinem Menschsein, die Anerkennung seiner Fähigkeiten und Potenziale, sich zu entwickeln, zu verändern und zu lernen und das wohlwollend unterstützende Interesse daran, dass der andere einen eigenwilligen, eigenständigen Weg finden wird (vgl. ebd.: 213).

Thiersch beschreibt, dass die entwürdigenden Erziehungsmassnahmen zur Anpassung und beispielsweise die Heimerziehung bis zu den 1980-er Jahren der totalen Institution mit den Praktiken der Depersonalisierung, Ausbeutung und sexuellen Gewalttätigkeiten in den neuen Tendenzen einer neoliberalen Verkürzung der Sozialen Arbeit so beängstigend reaktivierbar seien (vgl. ebd.: 213). Thiersch beschreibt weiter die Dethematisierung des Sozialen durch den Neoliberalismus. Die Soziale Arbeit muss sich befähigen, sich im Zeichen ihrer gesellschaftlichen Aufgabe und ihres Arbeitsverständnisses dieser Dethematisierung verweigern und sich darin profilieren, sodass sie in den neuen Aufgaben, Zumutungen und Chancen der entgrenzten Verhältnisse hilfreich agieren kann (vgl. ebd.: 214). Es braucht nach Thiersch eine offensive Vertretung der Idee der sozialen Gerechtigkeit und der Vision der Menschenrechte gegenüber der neoliberalen Entwertung. Diese Arbeit ist gerade in den Zonen der Exklusion nötig. Ebenso aber in Bezug auf die Ängste und Bedrohungen der Konkurrenzgesellschaft, sodass es nicht zu rassistischen Ab- und Ausgrenzungen kommen kann (vgl. ebd.: 214).

Die Abwehr des Neoliberalismus' wird erschwert, da die Ziele und Arbeitsansätze der Sozialen Arbeit in den Kontext einer neoliberalen Aufgabenbestimmung übersetzt werden und somit gegen die Soziale Arbeit gerichtet oder ihr enteignet werden. Gemäss Thiersch muss die Soziale Arbeit sich mit einem Kampf um Definitionen, in dem Soziale Arbeit ihre eigenen politisch-professionell begründeten Definitionen behaupten und sich gegen die Umwertung und Entleerungen von Konzepten und Begriffen absichern (vgl. ebd.: 214). Thiersch spricht das Humankapital an, welches angesichts des Primats von Produktion und Konsumzwängen verkürzt bedeutet, dass der Mensch für sich zuständig ist. Die Menschen werden in ihren Bewältigungsaufgaben im Alltag und in ihren Möglichkeiten und Schwierigkeiten übergangen (vgl. ebd.: 214).

Der Neoliberalismus verkürzt als Beispiel der oben beschriebenen Umdeutung das Ersuchen der Sozialen Arbeit zur Hilfe, Ermutigung und Befähigung der Menschen, sich in ihren Verhältnissen als Subjekt dieser Verhältnisse zu erfahren, mit dem Pathos der Selbstständigkeit. Der Mensch soll demgemäss fähig sein, aus seinem Leben etwas zu machen, gleich unter welchen Verhältnissen er lebt, wenn er dies nur will. Gegen diese Verallgemeinerung und den Fokus auf den Willen gilt es sich zu wehren, meint Thiersch. Die Selbsthilfe muss immer im Kontext von gesellschaftlichen Problemen gesehen werden (vgl. ebd.: 214f.).

In der Sozialraumorientierung sieht es Thiersch als wichtig an, auf die Realität der sozial-räumlichen Verhältnisse zu insistieren und diese in ihrer Brüchigkeit und Widersprüchlichkeit zwischen Ressourcen und Belastungen zu sehen. Es soll darauf bezogene strukturierende Unterstützung im Zeichen sozialer Gerechtigkeit arrangiert werden, damit alle sich beteiligen können (vgl. ebd.: 215).

Gemäss Thiersch drängt die Soziale Arbeit auf Prävention, also auf die Gestaltung von belastbaren Lebensverhältnissen, in denen Konflikte so bearbeitet werden, dass dramatische Entwicklungen aufgefangen werden können. Durch den Neoliberalismus wird dieses Prinzip so entstellt, dass alle Lebensverhältnisse als tendenziell gefährdet gesehen werden können und daher Kontrollen legitimiert und eingeführt werden, die die Spielräume von Lebensarrangements einengen. Die Verbindung von Prävention und Sozialtechnologie in Form stigmatisierender Symptomkataloge ordnet Menschen gleichsam in unzulässige Kategorien ein. Es gilt demgegenüber in wechselseitigem Vertrauen und gemeinsamen Verhandlungen eine Kultur der Achtsamkeit zu entwickeln, die vorhersehbare und plötzliche Belastungen sieht und abfängt und Hilfen arrangieren kann (vgl. ebd.: 215).

Die Soziale Arbeit muss wie oben genannt gegen Enteignungen kämpfen. Gleichzeitig muss die Soziale Arbeit ihre Angebote so profilieren und ihre Deutungsmuster und Handlungsformen so erneuern, sodass sie den Herausforderungen und Chancen der zweiten Moderne gerecht werden können. Soziale Arbeit soll sich in diesem Zusammenhang auch gegen die Reduktion auf das, was sich verrechnen lässt wehren. Die Soziale Arbeit braucht Raum zum Aushandeln, Raum für Umwege und Selbsterfahrungen. Zudem braucht sie die Freiheit und den Mut für Experimente und Risiken in der Selbsterfahrung der Adressat_innen. Es braucht eine eigene Kultur der Transparenz, beispielweise in Bezug auf Effektivität und Effizienz, aber gemäss ihren eigenen Kriterien (vgl. ebd.: 215f.).

Im Zuge der Entgrenzung in der zweiten Moderne verwischten sich die traditionellen Grenzen und Zuständigkeiten in der Sozialen Arbeit und vor allem zwischen ihr und anderen Zuständigkeiten im sozialen Feld. Die Soziale Arbeit wird – ihrer traditionell schwächeren Position entsprechend – bei- und nachgeordnet. Diese Tendenz zur Unterwerfung oder der Integration eigenständiger Leistungen der Sozialen Arbeit in die sogenannten Regelinstitutionen, wie beispielsweise die Schule, führt zu einer dequalifizierenden Einschätzung und Funktionalisierung. Dasselbe Problem besteht bei der Positionierung der Sozialen Arbeit in Bezug auf Vereine, Bürgerinitiativen, etc. Durch die Demokratisierung der Gesellschaft und den damit wachsenden Willen, Zuständigkeiten für Probleme bei sich und anderen zu übernehmen, und aufgrund der neuen Verfügbarkeit von Informationen und Wissen kommt es zu zunehmend entgrenzten Übergängen zwischen Alltagswissen und professionellem Wissen. Die darauffolgenden Auseinandersetzungen bilden Konturen von neuen Kulturen des Sozialen

im Zusammenspiel der unterschiedlichen Aktivitäten und Zuständigkeiten im Sozialraum. In diesen neuen Aufgaben soll sich die Soziale Arbeit an einem kritisch-selbstkritischen Berufsverständnis orientieren, was bedeutet, dass Vorhaben unter Kolleg_innen abgeklärt werden und eine Kultur der Fehlerfreundlichkeit bestehen soll. Diese Kultur soll erlauben, auch Schwierigkeiten und Überforderungen untereinander zuzugeben und sich auszutauschen, um sich zu stabilisieren (vgl. ebd.: 216f.).

In einem letzten Punkt geht Thiersch auf die Aufgabe der Sozialen Arbeit im Horizont globaler kapitalistischer Perspektiven ein. Der „wesenswidrige Kompromiss“ zwischen Kapitalinteresse und sozialen Interessen ist aufs höchste gefährdet. Oder ist er sogar bereits aufgekündigt? Wurden die Interessen an einer Gerechtigkeit für alle und an Demokratisierung nicht von den Interessen des Raubtierkapitalismus‘ und des entfesselten und autonom gewordenen Kapitalverkehrs verschluckt? Und bestimmen die Kapitalinteressen nicht die Ausbeutung der Natur, also die ökologische Rücksichtslosigkeit (vgl. ebd.: 217f.)?

Thiersch hält an einer Offenheit gegenüber den zukünftigen Entwicklungen fest. Trotzdem soll die eigene Position beharrlich im Spiel behalten werden. Es soll auf dem insistiert werden, was als Richtung, Vision, als Utopie eines gelingenden menschlichen Lebens möglich sein könnte (vgl. ebd.: 218). Dies scheint Thiersch für die Soziale Arbeit ein wichtiger Punkt zu sein. Die Soziale Arbeit hat eine Position, die als Gegenposition im Mainstream für die Entwicklung im Ganzen wichtig ist und sein kann. Die Soziale Arbeit verfügt in ihrem Auftrag, Menschen in Schwierigkeiten zu unterstützen, über den Blick von unten, von den Kosten aus, die die Gesellschaft erzeugt, sie sieht die Rücksichtslosigkeit und Barbarei der Entwicklung. Die Soziale Arbeit lernt, hier zu agieren, sich ebenso auf die vielfältigen Zusammenhänge von Lebensbewältigungsaufgaben einzulassen, wie auf die individuellen, unübersichtlichen Wege der individuellen Lebensgestaltung. Durch ihr sehr offenes, gleichsam fluides Netz von Hilfen, welches sich in die Formen eines entgrenzten Lebens einpassen kann (vgl. ebd.: 218f.).

4.2.3 Analyse

Ich möchte wiederum die wichtigsten Aspekte und Themen von Thiersch herausarbeiten und diese thematisch zusammenfassen. Mit diesen Punkten möchte ich dann für die Diskussion der unterschiedlichen Texte weiterarbeiten.

Thiersch greift klar das Thema der sozialen Gerechtigkeit als Projekt der Sozialen Arbeit auf (vgl. ebd.: 211). Die Soziale Arbeit soll in der Bewegung hin zur Vision sozialer Gerechtigkeit ein Teil des Verbundes dieses Interesses werden. Es braucht eine Kooperation mit anderen Gruppierungen für eine gerechtere Zukunft (vgl. ebd.: 212). Es braucht eine offensive Vertretung der Idee der sozialen Gerechtigkeit und der Vision der Menschenrechte gegenüber der

neoliberalen Entwicklung (vgl. ebd.: 214). Der Neoliberalismus soll thematisiert werden. Die Orientierung an sozialer Gerechtigkeit soll als Entgegensetzung gegen sozialtechnische, betriebswirtschaftliche Entwicklungen gesehen werden (vgl. ebd.: 211f.).

Thiersch analysiert die Gesellschaft, wie sie ist. Thiersch sieht die heutige Gesellschaft als eine Gesellschaft der Entgrenzung der Strukturen und der Lebensumstände (vgl. ebd.: 208). Er spricht die Individualisierung und die Pluralisierung der Produktions-, Konsum- und Lebensverhältnisse an (vgl. ebd.: 208). Es ist die Gesellschaft der Produktions- und Kapitalinteresse in Konzepten des Liberalismus' und der Neoliberalismus'(vgl. ebd.: 208f.).

Thiersch greift die negativen Konsequenzen des Neoliberalismus' auf und beschreibt diese. (vgl. ebd.: 213). Er sieht ganz klar die gesellschaftliche Spaltung und somit die Schere zwischen den Armen und den wenigen Reichen. Demgemäss entstehen so neue Zonen der Verelendung. Die Soziale Arbeit wird im gleichen Zug nicht gestärkt, obwohl es sie umso mehr braucht, sondern in Frage gestellt (vgl. ebd.: 206). Er geht auf die rassistischen Ab- und Ausgrenzungen anderen, vermeintlich unterlegener Gruppen verfallen können (vgl. ebd.: 214).

Thiersch spricht als Konsequenz des Neoliberalismus' die Kategorien der Unbrauchbarkeit und Brauchbarkeit von Menschen an (vgl. ebd.: 208f.). Thiersch fordert eine Parteilichkeit für die Klientel und eine unbedingte Anerkennung des anderen in seinem Menschsein, seinen Fähigkeiten und seinen Potenzialen, sich zu entwickeln und zu verändern (vgl. ebd.: 213). Thiersch spricht das Humankapital an, dass Menschen für sich selbst zuständig sind und wodurch Menschen in ihren Schwierigkeiten übergangen werden (vgl. ebd.: 214).

Thiersch äussert sich zum Thema der betriebswirtschaftlichen Elemente in der Sozialen Arbeit und zu sozialtechnologischen Tendenzen (vgl. ebd.: 206). Es braucht seiner Meinung nach die notwendige, jedoch begrenzte Einmischung in gesellschaftliche und politische Verhältnisse, aber auch das Bewusstsein des Leidens an der Begrenztheit dieses Auftrags (vgl. ebd.: 212). Es braucht eine Einmischung durch Wissen aus der eigenen Praxis und diese eigene Stimme muss zur Geltung gebracht werden. Es braucht auf öffentlicher und politischer, aber auch regionaler und kommunaler Ebene eine Auseinandersetzung (vgl. ebd.: 212). Es braucht dazu zwei Pole der Einmischung; einerseits die Darstellung und Analyse in Form von Berichten und die öffentliche Skandalisierung und den Protest (vgl. ebd.: 212).

Thiersch nimmt in seiner Darstellung kein Blatt vor den Mund. Ich stelle die These auf, dass Thiersch durch seinen „Erfolg“ und die dazugehörige Anerkennung, seine diversen Titel und die wissenschaftliche, fachliche Legitimation nicht mehr das Bedürfnis hat, sich anzupassen oder sich durch angepasste Aussagen bei der Mehrheit der Gesellschaft anzubiedern und stellt sich so der neoliberalen Hegemonie entgegen.

4.3 Christoph Butterwegge

Als weiteren Text verwende ich Christoph Butterwegges Beitrag „Neoliberale Modernisierung, Sozialstaatsentwicklung und Soziale Arbeit“, die im Buch „Modernisierung methodischen Handelns in der Sozialen Arbeit“ von Brigitta Michel-Schwartz veröffentlicht wurde.

Ich wähle Butterwegge, weil dieser sich intensiv mit dem Sozialstaat, der Sozialen Arbeit und dem Neoliberalismus auseinandersetzt. Butterwegge hat sich intensiv mit Armut und dem Neoliberalismus und der Kritik daran befasst.

4.3.1 Biographie

Christoph Butterwegge ist im Jahre 1951 in Albersloh (Krs. Münster/Westfalen) geboren. Er hat an der Ruhr-Universität Bochum Sozialwissenschaften, Rechtswissenschaften, Psychologie und Philosophie studiert. Butterwegge war wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachbereich „Erziehungs- und Gesellschaftswissenschaften“, Studiengang „Weiterbildung“ der Universität Bremen. Er war Dozent an der Akademie für Arbeit und Politik sowie an der Forschungs- und Bildungsstätte für die Geschichte der Arbeiterbewegung im Lande. Seit dem 1. Januar 1998 hat er eine C-4-Professur für Politikwissenschaft an der Universität zu Köln inne. Zudem ist er Mitglied der Forschungsstelle für interkulturelle Studien (FiSt) (vgl. <http://www.christophbutterwegge.de/aktuelles.php>: o.J.). Butterwegge trat 2017 für das Amt als Bundespräsidenten Deutschlands an. Er war Kandidat der Partei „Die Linke“. Butterwegge sagte, ihm sei es wichtig, auf die soziale Spaltung zwischen arm und reich hinzuweisen, die aus der politischen Zerrissenheit resultiere. Dem wolle er eine "Agenda der Solidarität" entgegensetzen (vgl. der Spiegel, November 2016: o.S.).

4.3.2 Aussagen zum Neoliberalismus

Die neoliberale Modernisierung und Umstrukturierung fast aller Gesellschaften und Lebensbereiche nach dem Muster der Konkurrenzmechanismen des Marktes lassen die Soziale Arbeit nicht unberührt. Gleichzeitig folgte auf die Prinzipien der staatlich organisierten Profitmaximierung und ökonomischen Effizienzsteigerung der Um- und Abbau des Wohlfahrtsstaates. Butterwegge zeigt hier schon erste Forderungen auf. Nämlich soll die Soziale Arbeit offensiv auf diesen Abbau im Wohlfahrtsstaat reagieren und die neoliberalen Prinzipien problematisieren und überzeugend kritisieren (vgl. Butterwegge 2010: 49).

Butterwegge beschreibt vier Teilprozesse der massiven Entwertung und somit der tiefen Sinnkrise des Sozialen. So falle die Tendenz zur Ökonomisierung des Sozialen auf. Fast alle Lebensbereiche werden nach den Mustern des Marktes restrukturiert. Das Soziale wird vom neoliberalen Zeitgeist durchdrungen, von der Konkurrenz, dem Gewinnstreben und der be-

triebswirtschaftlichen Effizienz bestimmt (vgl. ebd.: 49). Ein zweiter Teilprozess ist die Kulturalisierung des Sozialen. Anstatt nach materiellen Interessen und Interessensgegensätzen und somit der Zugehörigkeit der Mitglieder der Gesellschaft zu einer bestimmten Klasse, Schicht oder Gruppe, die gemeinsame Interessen haben, wird heute nach kulturellen Übereinstimmungen, also gemeinsamer Sprache, Religion und Tradition gefragt (vgl. ebd.: 49f.). Als dritten Teilprozess nennt Butterwegge die „Ethnisierung des Sozialen“. Durch die Verschärfung der ökonomischen Konkurrenz im Rahmen der „Standortsicherung“ kommt es zur Instrumentalisierung der Ab- bzw. Ausgrenzungskriterien der kulturellen Differenz zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft. Einerseits entsteht hier eine Stigmatisierung der „Anderen“ und andererseits entsteht eine stärkere Konturierung des „Eigenen“ resp. eine Konstituierung einer nationalen oder „Volksgemeinschaft“. Als vierten Teilprozess beschreibt Butterwegge die Biologisierung des Sozialen. So werden die gesellschaftlich bedingten Verhaltensweisen an den Genen festgemacht und so rückt die Humanbiologie ins Zentrum der Gesellschaftspolitik (vgl. ebd.: 50).

Butterwegge beschreibt den Neoliberalismus als eine Wirtschaftstheorie, die von Margaret Thatcher in Grossbritannien und Ronald Reagan in den USA zum Regierungsprogramm erhoben wurde. Dann wurde daraus eine umfassende Gesellschaftsphilosophie und politische Zivilreligion. So entstand die Ansicht, dass das Soziale die Rentabilität der Volkswirtschaft gefährdet und die Sozialstaatlichkeit ein gravierender Standortnachteil sei (vgl. ebd.: 50f.). So wird der moderne Wohlfahrtsstaat nicht mehr als ein notwendiges Übel für neoliberale Ökonom_innen gewertet. Es kommt zu einer tiefen Spaltung der Gesellschaft in arm und reich. Den Lohnabhängigen wird suggeriert, sie müssen durch mehr Privatinitiative, Selbstverantwortung und Eigenvorsorge, bzw. –beteiligung den finanziell überforderten Sozialstaat entlasten und durch materielle Opfer zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des „Wirtschaftsstandorts D“ beitragen. Dies passiert ausgerechnet in einer Zeit, in der Geld gemäss Butterwegge für ein gutes Leben wichtiger und gleichzeitig ungleichmässiger denn je verteilt ist (vgl. ebd.: 51). Butterwegge legt ein besonderes Augenmerk auf den Mechanismus der Standortsicherung. Durch den Fokus auf Standortsicherung rückt die (angeblich) bedrohte Konkurrenzfähigkeit des „eigenen“ Wirtschaftsstandortes in den Mittelpunkt staatlichen Handelns. So lautet der wirtschafts- bzw. sozialpolitische Dreiklang neoliberaler Modernisierer_innen: Entstaatlichung, Entsicherung und Entrechtung der Menschen, die unfähig und unwillig sind, auf dem Arbeitsmarkt zu bestehen und ein Einkommen zu erzielen, das ihre Existenz sichert (vgl. ebd.: 51). Butterwegge beschreibt die Situation in Deutschland, wo jahrzehntelang der von Reichskanzler Otto von Bismarck begründete Sozialstaat als ein Modell galt, das andere Staaten nachahmten und worauf man in Deutschland stolz war. Nach der Weltwirtschaftskrise 1974/75 änderte sich dies, als der Neoliberalismus auch in Deutsch-

land die Hegemonie, also die öffentliche Meinungsführerschaft, errang (vgl. ebd.: 57). Butterwegge erklärt die Sozial- bzw. Wohlfahrtsstaatlichkeit, die als eine Entwicklungsstufe moderner Industriegesellschaften gewertet wurden. Hier übernimmt der Staatsapparat neben seiner klassischen Ordnungs- und Repressionsfunktion eine wirtschaftliche Interventionsfunktion. So bekämpft der Staat nicht mehr nur Armut, sondern sichert allgemeine Lebensrisiken ab und sorgt für einen gewissen sozialen Ausgleich (vgl. ebd.: 58). Sämtliche Bundesregierungen [Deutschlands] treiben heute laut Butterweggeden Abbau des Wohlfahrtsstaates mal offen, mal verdeckt voran. So sanken in allen vier Sozialversicherungszweigen die Leistungen, während Kontrolldruck auf Bezieher_innen von Transfereinkommen wuchs und die Sanktionen ihnen gegenüber sowie die Anspruchsvoraussetzungen verschärft wurden (vgl. ebd.: 59). In der 1990 geschaffenen Pflegeversicherung avancierten Klient_innen zu Kund_innen. Wettbewerbsstrukturen schufen einen regelrechten „Pflegemarkt“, wo Konkurrenz als massgebliches Lenkungsprinzip genutzt wurde. Neu kommt es zu Kostenüberwälzungen von Sozialhilfeträgern auf die abhängigen Beschäftigten (vgl. ebd.: 59). Butterwegge geht weiter spezifisch auf Hartz IV in Deutschland ein, welches als Gesetzespaket die Arbeitslosigkeit und die Arbeit preiswerter und die Bundesrepublik damit auf den Weltmärkten konkurrenzfähiger machen sollte. Er beschreibt dies als gravierenden Rückschritt in der Entwicklung des Arbeits- und Sozialrechts (vgl. ebd.: 59f.). Zudem beschreibt Butterwegge die Verabschiedung der sogenannten Riester-Reform 2000/01 in der Rentenversicherung. Dort wurde das Prinzip der Lebensstandardsicherung aufgegeben. Menschen wurden gezwungen, komplementär zum eigentlichen Sicherungssystem für ihr Alter privat vorzusorgen. Dies sei nicht nur moralisch zweifelhaft, bzw. unsozial, sondern auch ökonomisch falsch (vgl. ebd.: 60).

Butterwegge beschreibt die Transformation vom Wohlfahrtsstaat zum „nationalen Wettbewerbsstaat“ (Hirsch o.J.: zit. nach Butterwegge 2010: 60). Dieser fördert einerseits die Konkurrenzfähigkeit des „Wirtschaftsstandortes“ auf dem Weltmarkt. Andererseits überträgt er die Marktmechanismen und Gestaltungsprinzipien der Leistungskonkurrenz bzw. der betriebswirtschaftlichen Effizienz auf die sozialstaatlichen Organisationsstrukturen. Das Soziale verliert seinen Eigenwert und wird dem Ökonomischen nachgeordnet. Dieser Wettbewerbsstaat übernimmt nicht mehr die Haftung für alle sozialen Kollateralschäden des kapitalistischen Wirtschaftens und bereitet so den Boden für gesellschaftliche Ausgrenzungs- und Ethnisierungsprozesse. Durch die unterschiedlichen Mechanismen des Neoliberalismus⁴, wie der Liberalisierung des Kapitalverkehrs, der Deregulierung des Arbeitsmarktes und der (Re-)Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge, nimmt der Neoliberalismus die Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen eines Grossteils der Bevölkerung zumindest billigend in Kauf (vgl. Butterwegge 2010: 60f.).

Die sozialen Sicherungssysteme sollen nach grösstmöglicher kaufmännischer Effizienz streben, während ihr eigentlicher Zweck, Menschen in schwierigen Lebenslagen zu helfen, deutlich dahinter zurücktritt (vgl. ebd.: 61).

An die Stelle von Bedarfsorientierung und Lebensstandardsicherung in dem Wohlfahrtsstaat, wie wir ihn bisher kannten, tritt im neoliberalen Minimalstaat eine Basisversorgung, die nur gewährleistet, dass niemand verhungert. Rigide Leistungskürzungen im Sozialbereich werden als Sparsbemühungen ausgegeben, obwohl man die Kosten der Versorgung in Wahrheit gar nicht senkt, sondern nur auf die Leistungsempfangenden abwälzt. Diese Leistungskürzungen finden dort besonders frühzeitig, spürbar und nachhaltig statt, wo sie die verletzlichsten und am wenigsten widerstandsfähigsten Bevölkerungsgruppen treffen (vgl. ebd.: 62). Statt die Armut zu bekämpfen, werden die Betroffenen bekämpft. Arme werden durch Polizeirazzien und Platzverweise aus den Innenstädten vertrieben. Der neoliberale Minimalstaat wird zum „Kriminal-“, statt Sozialstaat, weil ihn der vorgebliche Druck zur Leistungsreduktion und zur Repression gegenüber Personengruppen zwingt, die als Modernisierungsverlierer_innen und Opfer seiner rückwärtsgerichteten „Reformpolitik“ bezeichnet werden können (vgl. ebd.: 62f.). Butterwegge beschreibt mit den Worten Martin Kutschas den ordnungspolitisch schlagkräftigen Staat. Der öffentliche Raum unterliegt zunehmend dem Diktat der globalisierten Ökonomie. Es kommt zur Beseitigung „störender“ Elemente, um ein angenehmes Konsum- und Investitionsklima zu schaffen (vgl. ebd.: 63).

Butterwegge beschreibt, wie der soziale Leistungsstaat zu einem Gewährleistungsstaat wird. Die sozialen Dienstleistungen, die der Wohlfahrtsstaat früher in Eigenregie erbracht hatte, werden zunehmend privatisiert. Er überlässt die Erbringung dieser Leistungen gemeinnützigen- und/oder gewinnorientierten Privatanbietern, deren Arbeit der Staat zertifiziert, überwacht und kontrolliert. Der Staat stellt so sicher, dass die zu Kund_innen mutierten Klient_innen wunschgemäss auf dem neu geschaffenen (Quasi-)Markt von privaten Anbietern bedient werden, die damit ihrerseits viel Geld verdienen können (vgl. ebd.: 64).

Als weiteren Punkt beschreibt Butterwegge den aktivierenden Sozialstaat, der den aktiven Sozialstaat ablöst. Das heisst, dass Hilfebedürftige nicht ohne entsprechende Gegenleistung alimentiert werden. So löst ein_e Antragssteller_in die staatliche Leistungspflicht erst aus, wenn eine Bereitschaft zur Gegenleistung besteht. Dem Wohlfahrtsstaat wird eine ihm ursprünglich fremde Tauschlogik der Marktökonomie implantiert und ist somit kein Garant für demokratische Verhältnisse mehr und auch kein „Wohlfahrts“staat mehr (vgl. ebd.: 66).

Butterwegge spricht davon, dass jene Leistungen, welche von dem reformierten Wohlfahrtsstaat nicht mehr getragen werden, entweder den Leistungsbeziehenden oder deren Familie als Verpflichtung aufgebürdet werden. So ist das Subsidiaritätsprinzip eine merkwürdig an-

mutende Renaissance im neoliberalen Gewand. Währenddessen bleibt das Solidaritätsgebot als in der Leistungs-, Wissens bzw. Wettbewerbsgesellschaft nicht mehr realisierbar (vgl. ebd.: 67).

Er beschreibt das lohn- und beitragsbezogene Sicherungsprinzip Deutschlands, welches aufgrund des gültigen Äquivalenzprinzips, also der Balance von Leistung und Gegenleistung, welches Ein- und Auszahlungsbeträge in eine Kausalbeziehung stellt, weitgehend der herrschenden Leistungsideologie und einem meritorischen Gerechtigkeitsverständnis entspricht (vgl. ebd.: 69).

Die Armut nimmt im Zeichen der ökonomischen Globalisierung neue Züge an. Noch nie klafften Armut und Reichtum so weit auseinander (vgl. ebd.: 70f.). Das neoliberale Konzept führt nicht nur zu einer Auseinanderentwicklung von Gesellschaft und Staat, die sich in einer weiterwachsenden Kluft zwischen privatem Reichtum und öffentlicher Armut manifestiert. Der Kern des neoliberalen Projekts ist die Freisetzung der Dynamik des Marktes und des Wettbewerbes, bis hinein in das persönliche Umfeld jedes Individuums. Dieser Wettbewerbswahn impliziert eine desaströse Konkurrenz „jede_r gegen jede_n“, die Entsolidarisierung auf breiter Basis und einen Zerfall des gesellschaftlichen Zusammenhalts nach sich zieht (vgl. ebd.: 71).

Die neoliberale Hegemonie hat in der Gesellschaft bisher allgemein verbindliche Gleichheits- und Gerechtigkeitsvorstellung auf den Kopf gestellt. Wo früher der soziale Ausgleich zwischen gesellschaftlichen Klassen und Schichten als erstrebenswertes Ziel staatlicher Politik galt, steht heute den Siegertypen alles und den „Leistungsunfähigen“ bzw. „-unwilligen“ nichts zu (vgl. ebd.: 72). Butterwegge spricht davon, dass die zwischenmenschliche Solidarität in der modernen Gesellschaft noch nie auf eine so harte Probe gestellt wurde. „Globalisierung“ hat die Entsolidarisierung zum Programm erhoben. Er beschreibt an dieser Stelle die Schritte auf dem Weg in eine Kapital-Gesellschaft, die Konkurrenz und Kommerz prägen; Massnahmen zur Privatisierung öffentlicher Unternehmen, sozialer Dienstleistungen und allgemeiner Lebensrisiken, zur Liberalisierung der Märkte, zur Deregulierung gesetzlicher Schutzbestimmungen und zur Flexibilisierung tarifvertraglich gesicherter Beschäftigungsverhältnisse (vgl. ebd.: 72).

Butterwegge spricht von einem Paternoster-Effekt. Die einen gelangen in demselben Masse nach oben, wie die anderen nach unten. Mehr denn je gibt es ein soziales Auf und Ab, ganz im Zeichen der Globalisierung. Dies fördert Unsicherheit und Existenzangst für eine wachsende Zahl von Menschen (vgl. ebd.: 73).

Butterwegge spricht zudem von einer Dualisierung bzw. Doppelstruktur der Armut. Es sind heute mehr Personen von Armut betroffen und zwar auch solche, die früher durch Erwerbs-

tätigkeit im relativen Wohlstand des „Wirtschaftswunderlandes“ lebten. Zudem hat die Zahl der Personen oder Haushalte, deren Einkommen trotz Lohnarbeit in Form eines oder sogar mehreren Arbeitsverhältnissen nicht oder nur knapp über der relativen Armutsgrenze zugenommen. Diese werden „working poor“ genannt. Des Weiteren verfestigte sich Langzeit- und Mehrfacharbeitslosigkeit älterer oder geringer qualifizierteren Personen zur Dauerarbeitslosigkeit. Hierdurch entsteht eine soziale Schicht von total Deklassierten, welche vom Arbeitsmarkt und von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen sind (vgl. ebd.: 74).

Butterwegge nimmt sich den Konsequenzen des Neoliberalismus' und den Aufgabenstellungen für die Soziale Arbeit an. So zeigt er auf, dass das Konzept der neoliberalen Modernisierung zutiefst inhumane Folgen zeitigt und dem eine attraktive, soziale und demokratische Alternative entgegensetzen ist (vgl. ebd.: 76). Die Armut, die in einem reichen Land zu sozialer Ausgrenzung oder Exklusion führt, kann als eine perfide Form der strukturellen Gewalt begriffen werden. Die neoliberale Hegemonie verschärft die soziale Asymmetrie und bedeutet viel mehr eine Gefahr für die Demokratie. Erwerbslose haben dann besonders wenig Geld, wenn die sozialen Sicherungssysteme durch Reformmassnahmen demontiert werden. So fällt auch Lohndumping in Krisenzeiten leichter, sodass zukünftig erheblich mehr Beschäftigungsverhältnisse im Niedriglohnsektor angesiedelt werden dürfen. So können als fatale Folgen der Weltfinanzwirtschaftskrise 2008/09 eine auf Rekordniveau steigende Arbeitslosigkeit, die zunehmende Verelendung von Millionen Menschen, eine dramatische Verschuldung aller Gebietskörperschaften des Staates aufgezählt werden. So bleibt für sozial Benachteiligte und Bedürftige kaum noch Geld aus der öffentlichen Kassen übrig, wenn private Banken den für sie bürgenden Staat zur Kasse bitten (vgl. ebd.: 77). Es breitet sich eine soziale Unsicherheit aus, während die Bundesregierung Deutschlands so tut, als ob sie die kollabierenden Finanz- und Arbeitsmärkte im Griff hätte, worauf derselbe Staat mit einem Ausbau seines Überwachungs- und Repressionsapparates reagiert (vgl. ebd.: 77). Zudem scheint sich die gesellschaftliche Akzeptanz von Armut und sozialer Ausgrenzung während der letzten Jahrzehnten erhöht zu haben. Zur selben Zeit ist die Akzeptanz der Armen selbst, aufgrund des sich ausbreitenden Wohlstandschauvinismus, Sozialdarwinismus und Standortnationalismus, zurückgegangen. So kann damit gerechnet werden, dass sich der Umgang mit sozial Benachteiligten verhärten und ein strengeres Armutsregime errichtet wird (vgl. ebd.: 77f.). Gleichzeitig breitet sich in der tendenziell erodierenden Mittelschicht die Furcht aus, in den von der globalen Finanzmarktkrise erzeugten Abwärtssog hineingezogen zu werden. Daher sind in der Mittelschicht irrationale Reaktionen und Rechtstendenzen mehr als wahrscheinlich. Butterwegge macht vorsichtig darauf aufmerksam, dass die aktuelle Krisensituation an die Weltwirtschaftskrise gegen Ende der 1920er-/Anfang der 1930er-Jahre und den Aufstieg des Nationalsozialismus denken lässt (vgl. ebd.: 78).

Butterwegge greift den Aspekt der sozialräumlichen Differenzierung auf. So sagt er es in Carsten Kellers Worten, dass sich wegen der neoliberalen Modernisierung fast überall Ab- und Ausgrenzungsprozesse zuspitzen, von denen nicht zuletzt Migrant_innen und deren Abkömmlinge betroffen sind (Keller 1999: zit. nach Butterwegge 2010: 75). So entscheide der soziale Status eines Menschen nicht bloss über seine Konsummöglichkeiten, weil sein Einkommen und Vermögen dafür ausschlaggebend sind, welchen Lebensstandard er_sie sich leisten kann. Das Quartier, welches diese Menschen bewohnen, determiniert umgekehrt vielmehr auch die Aufstiegschancen im Beruf. So schafft die Stadtplanung heute, die als Standortpolitik der Kapitallogik folgt, auf der einen Seite Räume für „Sieger_innen“ und Räume der „Verlierer_innen“, die kaum noch etwas miteinander zu tun haben. Es bilden sich ethnische Communities als einen Teil der räumlichen Segmentierung. Entscheidend ist hier, ob diese freiwilligen oder erzwungenen Zusammenschlüsse von Migrant_innen bilden (vgl. Butterwegge 2010: 76).

Butterwegge widmet sich konkret den Aufgaben der Sozialen Arbeit heute. So sei es die erste Aufgabe der Sozialen Arbeit, die Bedeutung der Konfliktlinie innen-aussen dadurch zu relativieren, dass der innergesellschaftliche oben-unten-Gegensatz schärfer konturiert wird. Anstatt sich zu sehr mit „dem Fremden“ zu beschäftigen, sollte die Soziale Arbeit auf die ungleiche Einkommens- und Vermögens-, sowie problematische Machtverhältnisse schauen (vgl. ebd.: 78f.).

Es bedarf wohlfahrtsstaatlicher Fundamente, damit eine Demokratie in einer (fast) alle befriedigenden Weise funktioniert. So darf der Sozialstaat nicht nach dem Nutzen für den Wirtschaftsstandort beurteilt werden. Streetwork und mobile Jugendarbeit müssen überzeugend vermitteln, dass ein ökonomistisch verkürzter Leistungsbegriff all jene Menschen benachteiligt, deren materielle Bedingungen schlecht sind und hauptsächlich denen nützt, die aufgrund ihrer sozialen Herkunft und Bildungschancen ohnehin schon privilegiert sind. Zudem sollte auch der Konkurrenzbegriff entmystifiziert werden. Der neoliberale Hochleistungsfetischismus ist ruinös. So geht Butterwegge auch darauf ein, dass Begriffe wie „Selbstvorsorge und „Selbstverantwortung“ gut klingende Parolen sind, die jedoch in Wahrheit verdecken, dass der Schutz sozial Benachteiligter und Bedürftiger verringert oder ganz verweigert wird (vgl. ebd.: 79). Nötig sei eine Kultur der Solidarität, die jedoch nur zu entwickeln ist, wenn die Soziale Arbeit mit geeigneten Konzepten daran beteiligt ist. Er geht darauf ein, dass Jugendliche merken müssen, dass sie selbst Verantwortung für die zukünftigen Gesellschaftsentwicklungen tragen und lernen, Entscheidungen zu treffen, damit rechtsextreme Parteien ihnen keine attraktive Plattform bieten (vgl. ebd.: 79). Eine sich politisch definierende Soziale Arbeit kann ihren Teil dazu beitragen, die Verkürzung des Begriffs „Globalisierung“ auf eine Modernisierung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, wie sie das kritisierte Konzept

des Standortwettbewerbs impliziert, durch Entwicklung einer demokratisch-sozialer Alternative aufzubrechen und die neoliberale Hegemonie schrittweise zu überwinden (vgl. ebd.: 79f.).

Je mehr sich eine Gesellschaft neoliberalen Konzepten unterwirft, desto inhumaner wird sie. Der Wohlfahrtsstaat gerät unter wachsenden Legitimationsdruck, obwohl er notwendiger denn je ist. Daher muss die Soziale Arbeit die Standortlogik widerlegen. Denn die durch den Globalisierungsprozess beschleunigte Individualisierung begünstigt Schuldzuschreibungen an die Betroffenen und strukturelle Zusammenhänge werden verdunkelt. Daher muss eine übergreifende Sichtweise gefördert werden und die Solidarität neu begründet werden (vgl. ebd.: 80). Die Soziale Arbeit muss falschen Behauptungen und irreführenden Standardargumenten der Neoliberalen entgegentreten. Zudem muss sie die Kardinalfrage aufwerfen, in welcher Gesellschaft wir eigentlich leben wollen. So muss der Neoliberalismus mitsamt seinem Konzept der „Standortsicherung“, aber auch den sich gegenwärtig modernisierenden Tendenzen zu Rechtsextremismus, Nationalismus und Rassismus erfolgreich bekämpft werden (vgl. ebd.: 80). Als Konsequenz sollen Sozialarbeiter_innen ihren resignativen Rückzug beenden, wieder mehr nach aussen wirken, stärker in die Offensive gehen und häufiger Gegenöffentlichkeit herstellen, um lokale Probleme in gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge einzuordnen. So muss sich die Soziale Arbeit mit einem kritischen Blick für die Realität einmischen und engagiert Partei für die Opfer neoliberaler Modernisierung ergreifen (vgl. ebd.: 80f.).

Im aktuell geführten dominanten Sicherheitsdiskurs wird die Soziale Arbeit noch stärker als bisher gezwungen, repressive Ordnungsfunktionen zu übernehmen, was ihre Interventionsmöglichkeiten begrenzt. Butterwegge sagt mit Titus Simons Worten, dass die Soziale Arbeit es schaffen muss, einer schleichenden Einbindung in den Überwachungsapparat zu entgehen (Simon 2001: zit. nach Butterwegge 2010: 81).

Zuletzt beschreibt Butterwegge es als notwendig, dass die Soziale Arbeit eine (Re-)Politisierung anstrebt, auch wenn diese in Fachkreisen kontrovers diskutiert und umstritten ist (Merten 2001: zit. nach Butterwegge 2010: 81).

4.3.3 Analyse

Butterwegge wählte in seinen Ausführungen einen, meiner Einschätzung nach klar klassenkämpferischen Ansatz, den er als Alternative zu rassistischen und nationalistischen Ausgrenzungstendenzen sieht. Er kritisiert, dass das Soziale vom neoliberalen Zeitgeist eingenommen wird (vgl. Butterwegge 2010: 49). Er geht darauf ein, dass das Soziale vermehrt als Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts gewertet wird und diese Standortssicherung als Argument für den Diskurs um diverse Themen verwendet wird, so auch soziale Themen (vgl. ebd.: 51ff).

Butterwegge beschäftigt sich mit der Wichtigkeit des Sozial- resp. Wohlfahrtsstaats, zur Sicherung der allgemeinen Lebensrisiken und einem gewissen sozialen Ausgleich (vgl. ebd.: 58). Zudem beschreibt er, wie derselbe Sozialstaat Stück für Stück abgebaut wird, resp. verändert wird durch neoliberale Gesetzespakete wie Hartz IV (vgl. ebd.: 59ff). Er beschreibt so, wie anstatt Armut arme Menschen bekämpft werden (vgl. ebd.: 62f.). So beschreibt Butterwegge auch die neue, dem Wohlfahrtsstaat ursprünglich fremde Tauschlogik, die für eine Sozialleistung die Bereitschaft zur Gegenleistung fordert (vgl. ebd.: 66).

Er sieht die Funktion der Sozialen Arbeit ganz klar auf einer politischen Ebene, die oben-unten-Gegensätze der Gesellschaft schärfer konturieren, damit die Ab- und Ausgrenzung gegen Fremdes nicht zunimmt (vgl. ebd.: 78f.). Er fordert klar eine Kultur der Solidarität, da die Gesellschaft immer inhumaner wird, desto mehr sie sich neoliberalen Konzepten unterwirft (vgl. ebd.: 79f.).

4.4 Mechthild Seithe

Für die folgende Analyse habe ich mich für Seithes aktuelles bedeutendes Werk „Schwarzbuch Soziale Arbeit“ entschieden. Seithe gilt als wichtige Theoretikerin für die kritische Theorie und somit die kritische Soziale Arbeit. Konkret habe ich mich von ihren 469 Seiten für die Analyse für Kapitel 3.2 Die Vermarktlichung der Sozialen Arbeit entschieden. Unter anderem lassen sich die Aspekte aus diesem Kapitel gut mit den Aussagen der anderen Theoretiker_innen vergleichen und analysieren. Zudem spricht Seithe in diesem Kapitel das Zusammen- oder Gegenspiel des Staates, der Sozialen Arbeit als Dienstleisterin und der Klientel an, was für meine Fragestellung sehr interessant ist.

4.4.1 Biographie

Mechthild Seithe ist 1948 geboren. Sie ist Professorin für Sozialpädagogik in Jena. Sie ist dipl. Psychologin und dipl. Sozialarbeiterin. Während 18 Jahren arbeitete sie als Praktikerin in der Kinder- und Jugendhilfe. Seit 1993 ist sie Hochschullehrerin an der FH Jena. Ihre Schwerpunkte sind: Beratung, Hilfe zur Erziehung, 2. Moderne. Seithe ist Mitbegründerin des unabhängigen Forums kritische Soziale Arbeit (www.einmischen.com) (vgl. https://fachtagsozialearbeit.wordpress.com/referent_innen/m-seithe/: o.S.).

4.4.2 Aussagen zum Neoliberalismus

Seithe steigt mit der neuen Steuerung ein. Sie spricht davon, dass der erste Schritt der Vermarktlichung der Sozialen Arbeit in Deutschland in der Gestalt der „Verwaltungsmodernisierung“ kam. Diese neue Steuerung galt als das Heilmittel für die allgemeine „Kostenkrankheit“ öffentlicher sozialer Dienstleistungen angesichts der leeren Kassen der Kommunen und als

Unterstützung eines Rationalisierungs- und Qualitätsverbesserungsprozesses in der Sozialen Arbeit. Bei der neuen Steuerung ging es um Einbau von Marktelementen, Effizienzkriterien und betriebswirtschaftlichen Steuerungselementen in den bislang eher bürokratisch gesteuerten Sektor der Erbringung der Sozialen Dienstleistungen (vgl. Seithe 2010: 121).

Ende der 80er Jahre kam die Soziale Arbeit zum ersten Mal mit dem Begriff des Sozialmanagements in Berührung. Die sozialpädagogische Fachwelt reagiert durchaus interessiert, aber auch reserviert (vgl. ebd.: 122). Betriebswirtschaftliche Konzepte dürfen gemäss Seithe gerne als Anregungen für organisatorische Belange von sozialen Organisationen benutzt werden. Fachlich und inhaltlich dürfen die betriebswirtschaftlichen Themen aber nicht die Themen der sozialen Arbeit überlagern (vgl. ebd.: 122). Das Konzept des Sozialmanagements bekam zunehmend einen zentralen und dominierenden Anspruch und entwickelte ein ökonomisches Gesicht. Ausgangspunkt für die neue Steuerung war vor allem die Diskussion um die steigenden Kosten im sozialen Bereich, bzw. der Wunsch, diese Kosten einzudämmen (vgl. ebd.: 122). Diese Verwaltungsmodernisierung der Sozialen Arbeit hatte ihren Ursprung nicht im sozialen Sektor, sondern traf auf finanz- und sozialpolitische Forderung des gesellschaftlichen Systems an den öffentlichen Dienst. Hinzu kam die Tendenz zur Abgabe von sozialen Aufgaben an freie Träger, weil erwartet wurde, dass diese die Leistungen kostengünstiger erbringen können (vgl. ebd.: 123).

Viele Wissenschaftler_innen und Fachkräfte der Sozialen Arbeit begrüßten damals die „Neue Steuerung“. Sie hofften auf die Chancen, welche sie sich grundsätzlich von einer Neuorientierung der Sozialen Arbeit in Richtung einer rationaleren und weniger bürokratischen Profession versprachen. Seithe zitiert hier P. Schwarz, welcher sich mehr Marktsteuerung als die Lösung aller Probleme der Sozialen Arbeit versprach und sich Verbesserungen im Interesse der Klientel versprach (Schwarz 1992: zit. nach Seithe 2010: 123). Der Einführung der neuen Steuerung folgte Schritt für Schritt eine konsequente Umstrukturierung des gesamten Sozialbereichs in Richtung Markt und somit vom öffentlichen in den ökonomischen Teilbereich. Seithe beschreibt den Zweck der Marktgestaltung des Sozialen in Messmers Worten; offenkundig sollten Mittel eingespart, Kosten gedämpft und Kosten eingespart werden (Messmer 2007: zit. nach Seithe 2010: 124f.). Es kam zu einem Eindringen von Wettbewerbs- und Managementkonzepten in den Sozialbereich (vgl. Seithe 2010: 125). Die Meinung, dass der öffentliche Sektor zu teuer sei und nicht wirklich effizient arbeiten könne, führte logischerweise zu einer Entstaatlichung der Sozialen Arbeit und hin zu einer Privatisierung, welcher eine effizientere Lösung der Probleme zugetraut wird. Die Erbringungsverantwortung von Angeboten der Sozialen Arbeit fiel in die Hände des Marktes und somit in die Verantwortung von sich in Konkurrenz befindlichen Unternehmen. Ein wichtiger Schritt war die Öffnung der Sozialen Arbeit für privatgewerbliche Anbietende. Im Deutschen Kinder- und

Jugendhilfegesetz gibt es seit 1998 keine freien Träger mehr. Es gibt nur noch Anbieter (vgl. ebd.: 125).

Die Inszenierung von Wettbewerb und Konkurrenz mit einer klaren Effizienzorientierung und eine veränderte Finanzierung Sozialer Arbeit sind die unmittelbaren Folgen des Vorrangs der geringeren Kosten. Diese Veränderung bedeutet, dass hier Abhängigkeiten von gesellschaftlichen Kräften einkalkuliert und riskiert werden, die privater Natur sind und die beispielsweise ein Gewinninteresse und kein Gemeinwohlinteresse vertreten (vgl. ebd.: 126). Der Staat übergibt mit diesem Schritt die sozialpolitische Verantwortung weitgehend in die Hände des Marktes ab. Er steht vornehmlich als Kostenträger den Erbringenden Sozialer Arbeit gegenüber und tritt kaum noch als Anbieter der Sozialen Arbeit in Erscheinung (vgl. ebd.: 126). Durch die Privatisierung sind Leistungserbringer der Sozialen Arbeit nun gezwungen, wie Unternehmen zu handeln. So wird die Verantwortung für die Existenz des Betriebes auch auf die Mitarbeitenden verlagert. Die Mitarbeitenden, also Sozialarbeitende, müssen sich im eigenen Interesse mit dem Betrieb identifizieren und sich im Sinne des Marktes Betriebs schützend verhalten. Die Abhängigkeit der einzelnen Sozialarbeitenden von dem Betrieb wird durch diese Verwandlung grösser. Seithe stellt fest, dass die Loyalität dem Betrieb gegenüber über der fachlichen Loyalität stehen wird. Die alte Verpflichtung zur Fachlichkeit wird entwertet (vgl. ebd.: 126f.).

Seit dieser Entwicklung, dass die Soziale Arbeit in die Hände von Wirtschaftsunternehmen abgegeben wurde, verschieben sich die Verhältnisse. Sozialarbeitende können sich nicht mehr auf ihre Fachlichkeit und ihre Verpflichtung gegenüber ihrer Profession berufen. Bei Widerstand erwarten die entsprechenden Personen Kündigungen. Ebenso erhalten Mitarbeitende die Kündigung, welche sich weigern, Einschränkungen oder fachlich problematische Vorgaben hinzunehmen. Ebenso ungern wird öffentliche Kritik gesehen. Zudem wird kritisches Engagement, beispielsweise durch Leser_innenbriefe, dadurch entkräftet, dass beispielsweise dieselben Mitarbeitenden in der Zeitung eine Gegendarstellung, in welcher sie ihre Kritik widerriefen, liefern mussten (vgl. ebd.: 127).

Seithe geht auf die trotz allem widerständigen Praktiker_innen ein. Ihr Widerstand verhält meist als ohnmächtige Einzelaktion. Die betriebswirtschaftliche Unternehmensphilosophie verdrängt tendenziell die Berufsethik. Seithe beschreibt die Angst der Praktiker_innen. Im modernisierten Staat gibt es einen hochmodernen Maulkorb, die Effizienz. Jene, die gegen dieses Prinzip handeln, werden kaltgestellt, diskriminiert und ausgeschaltet (vgl. ebd.: 128). Es entsteht ein klarer Unterschied zwischen den Leistungsträgern Sozialer Arbeit, welche die Hilfe bewilligen müssen (beispielsweise das Jugendamt) und den Leistungserbringern. Die Finanzträger haben, wie es Seithe mit Messmers Worten ausdrückt, die Funktion eines Kos-

ten- und Gewährleistungsträgers, der die Gesamtverantwortung für die fachliche Ausgestaltung der zu vereinbarenden Leistung innehat (Messmer 2007: zit. nach Seithe 2010: 128). Die Erbringer müssen ihre Angebote in differenzierter Weise und in klar kalkulierbaren Preisen ausweisen. So verändert sich die Beziehung zwischen den Parteien. Die Finanzträger haben nur noch eine Kontrollfunktion und die Macht über Kostenzuweisungen. Die leistungserbringenden Träger, neu als Unternehmen auf dem Sozialen Markt, stehen in einer schlechteren Position. Der Abnehmer ihrer Leistung ist der einzig mögliche Kunde und hat somit eine Monopolstellung (vgl. Seithe 2010: 128f.). Seithe bringt ein Beispiel einer Vereinbarung zwischen dem Jugendamt und einer Einrichtung zum Kinderschutz, bei welcher es immer wieder zu Sparmassnahmen kommt und der Leiter sich immer wieder dagegen wehren muss. Seine Argumente werden allerdings nicht angehört. Er fühlt sich ohnmächtig gegenüber den Vorstellungen der Behörde. Der hierarchisch höher gestellte „Partner“ kann ihm als Leistungserbringer alles diktieren (vgl. ebd.: 129f.).

Vereinbarungen erfolgen unter Konkurrenzdruck und unter den finanziellen Bedingungen und Einschränkungen, die der Kostenträger vorgibt. Durch die oben beschriebene Monopolstellung entsteht eine asymmetrische Beziehung zwischen den beiden Vertragspartnern und eröffnet den Kostenträgern die Möglichkeit zu verstärkter Kontrolle und Einflussnahme (vgl. ebd.: 130). Seithe beschreibt, dass es im Grossen und Ganzen um Kostensenkungen im Sozialbereich geht und darum, diese durch dieses Kontraktmanagement durchzusetzen (vgl. ebd.: 130). Seithe zitiert den 11. Jugendbericht, welcher besagt, dass zunehmend der Kostenaspekt über die fachlich angemessenen Entscheidungen dominiert (11. Jugendbericht 2002: zit. nach Seithe 2010: 130). Seithe beschreibt hauptsächlich die Finanzierungskonzepte, wie Leistungsvereinbarungen, in Deutschland. Spannend ist hier das neu eingeführte Prinzip der „prospektiven Kostenvereinbarung“. Es wird nun nicht mehr bezahlt, was der erbringende Träger faktisch und gemäss den Vorjahrszahlen braucht. Es wird nun von Beginn der Leistung für den zukünftigen Zeitraum eine „Zielvereinbarung“ getroffen, die sich an den Prinzipien der Wirtschaftlichkeit und Qualität orientieren soll. Die Träger werden neu nicht mehr pauschal, sondern in Bezug auf die Anzahl der betreuten Klient_innen finanziert (vgl. Seithe 2010: 132). Zeitlich verkürzte Finanzierungshorizonte und die Infragestellung der Effektivität, Wirkung und Sicherung der festgelegten Qualitätsstandards und Effizienz, stellen jedes Mal erneut die Frage, ob eine Einrichtung überhaupt weiterfinanziert wird und in welchem Umfang (vgl. ebd.: 132f.). Dies wirkt sich belastend auf die Klient_innen aus, welche nicht wissen, ob die Unterstützung langfristig abrufbar ist. Erworbenes Vertrauen, erreichte Ziele und vereinbarte Schritte der Klientel stehen zur Debatte und gehen möglicherweise verloren. Die Erfordernisse der Sozialen Arbeit brauchen Kontinuität zum Aufbau von Beziehungen und von Vertrauen. Es erfordert Kontinuität für die Erforschung und Förderung und

dem Aufbau von Ressourcen. Diese brauchen Zeit und Kontinuität für die Lern- und Veränderungsprozesse, die sie bei ihrer Klientel anstösst (vgl. ebd.: 133ff).

Ebenso wirkt sich dieser Umstand belastend auf die Mitarbeitenden aus. Diese müssen jeweils auf Ende der Finanzierungsperiode um ihren Arbeitsplatz fürchten. Neben dieser emotionalen Belastung entsteht eine Gefahr für die Professionalisierung der betroffenen Arbeitsfelder, da qualifizierte Mitarbeitende solche Arbeitsplätze meiden (vgl. ebd.: 133).

Vor der Debatte über Inhalte stehen die Mittel in der Regel schon fest: Verknappte Mittel. Die Aufgabe der Fachleute ist es nun, mit den gekürzten Mitteln durch eine effizientere Verwendung dieser Mittel trotzdem den grösstmöglichen Erfolg zu erzielen. Die neue Freiheit, über die zur Verfügung stehenden Mittel selber zu verfügen, kann dazu genutzt werden, um aus fachlicher Sicht Wichtigeres von weniger Wichtigem zu unterscheiden und zu finanzieren. Diese Budgetierung bedeutet in der Praxis nichts anderes als Sparzwang, den die Praktiker_innen selber verwalten und vertreten müssen. Seithe beschreibt dies als eine Planwirtschaft, die sich den realen Entwicklungen und Veränderungen nicht anpassen kann. In einer Wirtschaftskrise kann der Staat für in Not geratene Banken und Unternehmen Geld lockermachen. Dies ist für den sozialen Bereich nicht vorgesehen (vgl. ebd.: 135). Diese Sparzwänge führen in sozialen Institutionen beispielsweise zu vorzeitigem Beenden von Einzelmassnahmen, Kürzungen von Zeitkontingenten innerhalb der Arbeitszusammenhänge oder auch zu Senkungen von Löhnen etc. (vgl. ebd.: 135f.).

Es gilt ein neues Finanzierungskonzept, bei welchem die Leistung Sozialer Arbeit konsequent an ihrem Output finanziert wird. So wird nur finanziert, was eine erkennbare Wirkung hat. Somit spielt die Effektivität für die Leistungsfinanzierung die entscheidende Rolle. Generell hängt die Frage, ob ein Projekt, eine Einrichtung oder eine Massnahme sozialer Dienstleistung vom Staat (mit-)finanziert wird, von der Sozialpolitik, bzw. der Verwaltung ab & davon, ob sie bereit ist, für das Projekt oder die Einrichtung zu zahlen, und nicht von der fachlichen Notwendigkeit. So steht die Erbringung sozialer Dienstleistungen immer unter einem „Damoklesschwert“, dass die Gesellschaft und für sie sprechend die Verwaltung ihre Nützlichkeit und Notwendigkeit bezweifeln könnte und auf sie verzichtet (vgl. ebd.: 136). Seithe geht darauf ein, dass diverse Institutionen, aufgrund der Knappheit der öffentlichen Kassen und dem Diktum der Kostendämpfung, wenn überhaupt, nur noch ihre Grundaufgaben und Alltagsdienste absichern können. Aus diesem Grund versuchen diese Institutionen, zusätzliche Geldmittel zu beschaffen. Dies kostet allerdings viel Zeit (vgl. Seithe 2010: 137). Seithe zeigt mit den Worten Litges' auf, dass viele Firmen bereit sind, ihre soziale Verantwortung zu übernehmen. Firmen möchten jedoch oft nur für Imageträchtiges Geld ausgeben. So fliesst

das Geld über Sponsoring nur in bestimmte Arbeitsfelder (Litges 2007: zit. nach Seithe 2010: 137).

Seithe geht vertieft auf das Thema des Wettbewerbs zwischen den verschiedenen Anbietern sozialer Dienstleistungen ein. Dieser Wettbewerb ist gemäss dem deutschen Kinder- und Jugendhilfegesetz (§ 78b 93 KJHG: zit. nach Seithe 2010: 137) eingeplant und gewollt. Dieser Wettbewerb gilt als eine Strukturmaxime der kapitalistischen Wirtschaft und soll zu einem höheren Grad an Effektivität und Effizienz führen und auch Innovationen fördern (Flösser/Vollhase 2006: zit. nach Seithe 2010: 138). Dementsprechend werden solche Auswirkungen von einem Wettbewerb in der Sozialen Arbeit erwartet (vgl. Seithe 2010: 138).

Seithe spricht von einem inszenierten Wettbewerb. Offiziell soll dieser Wettbewerb zwischen Anbietern sozialer Dienstleistungen der Qualitätsentwicklung, faktisch aber eher der Kostensenkung dienen. Auf diese Weise geraten Anbieter sozialer Dienstleistungen unter einen Konkurrenzdruck. Dieser übt einen Einfluss auf die Preis- und Leistungsgestaltung aus, welcher für manche Institutionen einen ständigen Existenzkampf bedeutet (vgl. ebd.: 138f.). Im Rahmen der Wettbewerbsstrategie verlagert sich das Interesse zwangsläufig von der Fachlichkeit und der Frage nach dem Nutzen für die Klientel auf die Frage der Kosten und der Effizienz. Die Hoffnung auf Qualitätssteigerung durch Konkurrenz erfüllt sich nicht (vgl. ebd.: 139).

Seithe zitiert Heinz-Jürgen Dahme und Norbert Wohlfahrt, welche darauf aufmerksam machen, dass die „betriebswirtschaftliche Effizienz- und Wettbewerbslogik“ im sozialen Dienstleistungssektor noch weiter zunehmen wird (Dahme/Wohlfahrt 2006: 71: zit. nach Seithe 2010: 139).

Weiter geht Seithe auf den Sozialmarkt ein. Einerseits beschreibt sie diesen als keinen echten Markt, wohl eher als einen Pseudomarkt. Seithe sagt es mit den Worten von G. Flösser und M. Vollhase, die davon ausgehen, dass der Sozialmarkt „politisch inszeniert“ ist. Weiter fügen sie an, dass schon ein „Marktversagen“ besteht, weil die Verbraucher der sozialen Dienstleistungen gar nicht in der Lage sind, diese selber zu finanzieren (Flösser/Vollhase 2006: zit. nach Seithe 2010: 140). Die Klientel Soziale Arbeit sind Nutzer, aber sie haben keinen eigentlichen Kundenstatus. Sie können sich in vielen Fällen gar nicht wie nachfragende, souveräne Kund_innen verhalten (vgl. Seithe 2010: 140). Andererseits gibt es keine wirklich freie Konkurrenz der Anbieter, da es in der Sozialen Arbeit im Wesentlichen nur einen Käufer der Ware sozialer Angebote gibt; den Staat. So müssen die Anbieter in diesem „Quasi-Markt“ schaffen, dass sie von ihrem einzigen potenziellen Abnehmer den Zuschlag bekommen, andernfalls ist ihr Überleben als Anbieter sozialer Dienste in Gefahr (vgl. ebd.: 140). Aus ganz vielen oben genannten Gründen stellt sich Seithe hier wieder die Frage nach

der Notwendigkeit einer Instanz, die die fachliche Qualität und die fachlichen und gesetzliche Entscheidungen Sozialer Arbeit überwacht oder zumindest in Fällen von Zweifel an der Korrektheit der ablaufenden Prozesse und Entscheidungen eingreifen und klären kann (vgl. ebd.: 140f.).

4.4.3 Analyse

Aus dem oben beschriebenen Kapitel von Seithe möchte ich die ersten Schlüsse ziehen. Seithe beschreibt die unterschiedlichen Mechanismen, welche die Soziale Arbeit in ihrer Ausprägung als soziale Dienstleisterin verändert haben. Einerseits beschreibt Seithe die neue Steuerung und den Einbau von Marktelementen und betriebswirtschaftlichen Steuerungsinstrumenten (vgl. ebd.: 121). Als ein solches Instrument beschreibt sie das Sozialmanagement, welches vom Begriff her als Marktelement zu verstehen ist. Dieses Sozialmanagement setzt sich durch seine Dominanz durch. Zudem fügt sie an, dass betriebswirtschaftliche Konzepte für die organisatorischen Elemente zu gebrauchen sind, jedoch für fachliche und inhaltliche Teile nicht übertragbar sind (vgl. ebd.: 122).

Sie beschreibt, wie die Verwaltung modernisiert wird. Dies sei eine sozialpolitische Forderung, keine aus dem sozialen Sektor (vgl. ebd.: 123). Als Lösung der Probleme der Sozialen Arbeit wird die Marktsteuerung gesehen (vgl. ebd.: 123). So kommen auch Wettbewerbs- und Managementkonzepte in den Vordergrund des Sozialbereichs (vgl. ebd.: 125). In einem weiteren Schritt der neuen Steuerung kam und kommt es zu einer Entstaatlichung der Sozialen Arbeit und zu einer Privatisierungswelle. So kommt es zu Konkurrenz- und Wettbewerbsverhältnissen (vgl. ebd.: 125f.). Dieser Wettbewerb sei gewollt und geplant. Oberflächlich soll er der Qualitätssicherung dienen. Faktisch dient er nur der Kostensenkung (vgl. ebd.: 138f.). Als private Träger und somit dem freien Markt ausgesetzten Träger sind soziale Institutionen den gesellschaftlichen Kräften und Veränderungen beeinflussbar (vgl. ebd.: 126). Durch ebendiese Privatisierungen haben jene Vorrang, welche geringere Kosten garantieren können und die Fachlichkeit bleibt auf der Strecke (vgl. ebd.: 126). Die Verantwortung der Sozialpolitik liegt nun in den Händen des Marktes (vgl. ebd.: 126).

Seithe beschreibt die Auswirkungen auf die Praktiker_innen der Sozialen Arbeit. So liegt die Verantwortung der Existenz der Betriebe in den Händen der Mitarbeitenden. Diese sind zur Loyalität ihren Arbeitgeberinnen gegenüber gezwungen, anstatt ihrer Fachlichkeit gegenüber (vgl. ebd.: 126f.). Die Fachlichkeit und Verpflichtung gegenüber den Klient_innen kann nicht mehr gewährleistet werden (vgl. ebd.: 127). Viele Praktiker_innen leisten Widerstand gegen Unrechtes oder fachlich nicht vertretbare Weisungen. Seithe beschreibt, dass diese jedoch Angst vor einer tatsächlich zu befürchtenden Kündigung haben (vgl. ebd.: 127f.).

Sie zeigt die Beziehung zwischen Staat und sozialen Institutionen auf und somit, wie ein Unterschied zwischen Leistungsträgern und –erbringern, also denjenigen die finanzieren und diejenigen, die soziale Dienstleistungen erbringen, gemacht wird. Sie zeigt auf, dass die Leistungsträger vermehrt zu einer reinen Kontrollinstanz werden (vgl. ebd.: 128f.). Seithe problematisiert die Monopolstellung in diesem Vertragsverhältnis. Der Staat ist der einzige „Käufer“ der sozialen Dienstleistungen und kann somit sämtliche Faktoren steuern oder gar Dumpingpreise festlegen (vgl. ebd.: 128f.). Seithe beschreibt den neu entstandenen Sozialmarkt. Sie beschreibt ihn als nicht echten Markt und als politisch inszeniert. Es sei von einem Marktversagen zu sprechen, da die „Kund_innen“ kein wirkliches Kund_innenverhalten an den Tag legen können, weil sie beispielsweise ihre eigenen Leistungen gar nicht selber finanzieren können (vgl. ebd.: 140).

Seithe beschreibt, wie die Soziale Arbeit durch den Wunsch nach Kostensenkung beeinträchtigt wird (vgl. ebd.: 122). Sie beschreibt die Konsequenzen von Sparzwängen: Es kommt zu vorzeitigen Beendigungen von Einzelmassnahmen, Kürzungen von Zeitkontingenten oder Lohnkürzungen (vgl. ebd.: 135). Praktiker_innen können nur noch Grundaufgaben durch staatliche Finanzierung decken und finanzieren den Rest durch Sponsoring (vgl. ebd.: 137). Die Ausführungen Seithes sind sehr detailliert, weshalb sie mit dem Thema „Ökonomisierung der Sozialen Arbeit“ über 100 Seiten gefüllt hat. Ich konnte in dieser Arbeit bloss einen Teilbereich ihrer Erkenntnisse beleuchten.

4.5 Diskussion der Aussagen, Gemeinsamkeiten/Unterschiede

Im Folgenden fasse ich nun die Aussagen der vier Theoretiker_innen zusammen und arbeite allfällige Gemeinsamkeiten und Unterschiede heraus. Die Soziale Arbeit wird als ein Projekt der dritten Phase der Realisierung sozialer Gerechtigkeit als Gerechtigkeit von Verhältnissen beschrieben (vgl. Thiersch 2013: 211). Es fällt auf, dass auf dieser Basis des Strebens nach sozialer Gerechtigkeit der Neoliberalismus und dessen Auswirkungen auf die Soziale Arbeit von allen vier Theoretiker_innen durchwegs kritisch und negativ beleuchtet wird. Von der neoliberalen Modernisierung und Umstrukturierung fast aller Gesellschaften und Lebensbereiche nach den Mustern der Konkurrenzmechanismen des Marktes ist auch die Soziale Arbeit betroffen (vgl. Butterwegge 2010: 49). Im Neoliberalismus wurden die Interessen an Gerechtigkeit für alle und Demokratisierung durch die Interessen des autonomen und entfesselten Kapitalverkehrs verschluckt (vgl. Thiersch 2013: 217f.). Es wird beschrieben, dass einige Praktiker_innen im Neoliberalismus auch Chancen für die Soziale Arbeit sahen, da diese sich durch eine Neuorientierung in Richtung einer rationaleren und weniger bürokratischen Profession und somit durch eine Marktsteuerung eine Lösung aller Probleme der Sozialen

Arbeit versprach und Verbesserungen im Interesse der Klientel versprochen (vgl. Seithe 2010: 123).

In den oben analysierten Texten werden die Paradoxie und die Doppelmoral der heutigen Situation aufgezeigt. So spricht Staub-Bernasconi in einigen Beispielen konkret die unterschiedliche Behandlung von den unteren und den oberen gesellschaftlichen Schichten und die Paradoxie innerhalb der Gesellschaft an. Wo beispielsweise Firmen problemlos Gelder in ihren Bilanzen kaschieren können, müssen sich potenzielle Sozialhilfebeziehende bis auf das letzte Hemd ausziehen (vgl. Staub-Bernasconi 2008: 1ff). Die Theoretiker_innen analysieren die heutigen Gegebenheiten. So spricht Thiersch von einer Gesellschaft der Entgrenzung der Strukturen und Lebensumständen, Individualisierung und der Produktions- und Kapitalinteressen in Konzepten des Liberalismus' und Neoliberalismus' (vgl. Thiersch 2013: 208f.). Konkret sprechen alle vier Theoretiker_innen durchgehend von den negativen Folgen des Neoliberalismus' und benennen diese. Diese möchte ich im Folgenden zusammentragen.

Ich möchte hier vorab die Absurdität aufzeigen, welche Butterwegge beschreibt. So entstand aus der neoliberalen Ideologie die Ansicht, dass das Soziale die Rentabilität der Volkswirtschaft gefährde und Sozialstaatlichkeit einen gravierenden Standortnachteil darstelle (vgl. Butterwegge 2010: 50f.). Zudem spricht Butterwegge an, dass sich eine soziale Unsicherheit ausbreitet, während die Bundesregierung Deutschlands so tut, als ob sie die kollabierenden Finanz- und Arbeitsmärkte im Griff hätten. Derselbe Staat reagiert auf die Unsicherheit mit einem Ausbau seines Überwachungs- und Repressionsapparates (vgl. ebd.: 77).

Butterwegge und Thiersch sprechen die von einer gesellschaftlichen Spaltung zwischen arm und reich an (vgl. Thiersch 2013: 206 und Butterwegge 2010: 51). Der neoliberale Wettbewerbswahn impliziert eine desaströse Konkurrenz „jede_r gegen jede_n“, die eine Entsolidarisierung auf breiter Basis und einen Zerfall des gesellschaftlichen Zusammenhalts nach sich zieht (vgl. Butterwegge 2010: 71). Zudem werden Menschen in Kategorien, wie brauchbar und unbrauchbar, eingeteilt (vgl. Thiersch 2013: 208f.). Die Menschen, die sich in ihren schwierigen Verhältnissen nicht behaupten können, werden für ihre Abhängigkeit vom Staat noch beschuldigt, sich behaglich im Staat einzurichten und ihn auszunutzen (vgl. ebd.: 209). So macht auch Butterwegge darauf aufmerksam, dass den Lohnabhängigen suggeriert wird, dass sie durch mehr Privatinitiative, Selbstverantwortung und Eigenvorsorge den finanziell überforderten Sozialstaat entlasten und durch materielle Opfer den Wirtschaftsstandort wettbewerbsfähiger machen können. Dies alles in jenen Zeiten, in welcher das Geld wichtiger denn je und ungleichmässiger verteilt ist als je zuvor (vgl. Butterwegge 2010: 51). So beschreiben Butterwegge und ebenso Thiersch, dass Menschen entrechtet werden, die unfähig

und unwillig sind, auf dem Arbeitsmarkt zu bestehen und ein Einkommen zu erzielen, das ihre Existenz absichert (vgl. ebd.: 51). Die neoliberale Konkurrenzgesellschaft fördert Exklusion von den Menschen, die sich durch die neoliberalen Leistungskriterien nicht beweisen können (vgl. Thiersch 2013: 214). Gemäss der liberalen Philosophie kann Selbstachtung, Anerkennung und Respekt bloss über Arbeit und individuelle Leistung erlangt werden. So können sogenannte Unproduktive oder Unwirtschaftliche weder auf Respekt noch auf Mitleid zählen. Ihnen wird, sogar von Praktiker_innen der Sozialen Arbeit fehlender Wille, Faulheit und Sünde diagnostiziert (vgl. Staub-Bernasconi 2008: 10f.). Staub-Bernasconi diskutiert, welchen Menschen die Neoliberalen sich wünschen. Sie sind für ihren weltweiten Siegeszug auf einen autonomen Menschen angewiesen, der ohne Mitgefühl für andere, ohne Wissen über die (Macht)Struktur und Dynamik von (Welt)Gesellschaft existiert (vgl. ebd.: 7).

Alle analysierten Theoretiker_innen sprechen die betriebswirtschaftlichen Elemente und Gesetzmässigkeiten innerhalb der Sozialen Arbeit an, wobei kritisch diskutiert wird, ob diese Ideologie der Sozialen Arbeit aufgezwungen wurde oder ob diese früher hätte erkennen sollen, dass derartige Veränderungen in Gang waren (vgl. ebd.: 5). Das Soziale wird vom neoliberalen Zeitgeist durchdrungen, von der Konkurrenz, dem Gewinnstreben und der betriebswirtschaftlichen Effizienz bestimmt (vgl. Butterwegge 2010: 49). Seithe argumentiert, dass diese in Deutschland durch die neue Steuerung eingebaut wurden (vgl. Seithe 2010: 121). Die Verwaltungsmodernisierungen waren sozialpolitische und wirtschaftspolitische Forderungen und kamen nicht aus der Sozialen Arbeit (vgl. ebd.: 123). Staub-Bernasconi kritisiert derweil, dass die Soziale Arbeit sich seit Jahren dem Deregulierungs-, Spar- und Effizienzdiktat und den mitgelieferten Managementmethoden der neoliberalen neuen Steuerungsmodelle beugt (vgl. Staub-Bernasconi 2008: 2f.). Dies zeigte sich beispielsweise in Prinzipien wie „Fördern und Fordern“, auf welches ich unten noch genauer eingehen werde (vgl. Thiersch 2013: 209) oder dem Casemanagement, aus welchem Kundenorientierung resultiert (vgl. Staub-Bernasconi 2008: 6). Ziele und Arbeitsansätze der Sozialen Arbeit werden in Kontext der neoliberalen Aufgabenbestimmung übersetzt (vgl. Thiersch 2013: 214) und der eigentliche Zweck der sozialen Sicherungssysteme, welche nun nach grösstmöglicher kaufmännischer Effizienz streben, nämlich Menschen in schwierigen Lebenslagen zu helfen, tritt deutlich zurück (vgl. Butterwegge 2010: 61). So prangert Staub-Bernasconi zudem das Konzept der Lösungsorientierung an. Die Soziale Arbeit habe sich durch den Fokus auf dieses Modell von der Diagnose der realen Situation von Adressat_innen, von Leiden und Not und deren sozialen, gesellschaftlichen Dimensionen verabschiedet. Es erlaubt den Praktiker_innen, ihre Klientel sozialadministrativ zu verwalten, ohne sich mit der Erklärung von sozialen Problemen auf gesellschaftlicher Ebene zu beschäftigen (vgl. Staub-Bernasconi 2008: 6).

Konzepte wie „Fördern und Fordern“ müssen hinterfragt werden. Es muss ein Diskurs über Anreiz und Aktivierung geführt werden. Es braucht ein Bewusstsein dafür, auf welchem Privilegienniveau jene sich bewegen, die solche Konzepte aufstellen. Diese Menschen gehen davon aus, dass wenn sie etwas können, andere das doch auch können sollen (vgl. Staub-Bernasconi 2008: 9). So spricht Butterwegge davon, dass dies einen aktivierenden statt einem aktiven Sozialstaat beschreibt. Das heisst, dass Hilfebedürftige nicht ohne entsprechende Gegenleistung alimentiert, also Hilfe in Anspruch nehmen können. So wird eine dem Wohlfahrtsstaat ursprünglich fremde Tauschlogik der Marktökonomie implantiert, und die keine demokratischen Verhältnisse mehr garantiert (vgl. Butterwegge 2010: 66).

Die von der Sozialen Arbeit in den letzten hundert Jahren entwickelte Fachsprache und Disziplin wird zu einem grossen Teil durch nicht mehr wegzudenkende, ganz neue Begriffswelten und Sprachregelungen verdrängt. Staub-Bernasconi spricht von Kolonialisierung und Eliminierung der sozialarbeiterischen Fachsprache (vgl. Staub-Bernasconi 2008: 6).

Diese betriebswirtschaftlichen Konzepte dürfen gemäss Seithe gut für die Organisation genutzt werden. Sie dürfen allerdings nicht für fachliche und inhaltliche Aspekte Einfluss nehmen (vgl. Seithe 2010: 122). Für Staub-Bernasconi ist diese betriebswirtschaftliche Sprache für die Sozialarbeitswissenschaft gar wertlos (vgl. Staub-Bernasconi 2008: 7f.). So verliert das Soziale seinen Eigenwert und wird dem Ökonomischen nachgeordnet (vgl. Butterwegge 2010: 60f.). Durch diese betriebswirtschaftlichen Elemente in der Sozialen Arbeit kam es zu Wettbewerbs- und Managementkonzepten im Sozialbereich (vgl. Seithe 2010: 125). So wurden sehr subtil neoliberale Elemente sogar in die Lehre aufgenommen. Flächendeckend werden an Hochschulen für Soziale Arbeit Masterstudiengänge in Sozialmanagement angeboten. Diese Managementbegriffe und –techniken werden den Studierenden gelehrt. Dieser Umstand führe dazu, dass eine Professionalisierung der Sozialen Arbeit in die Ferne rückt (vgl. Staub-Bernasconi 2008: 5). Butterwegge beschreibt kurz die Situation in Deutschland, wo der Staatsapparat nach Sozialstaatlichkeit neben seiner klassischen Ordnungs- und Repressionsfunktion eine wirtschaftliche Interventionsfunktion hat, wodurch der Staat nicht mehr nur Armut bekämpft, sondern auch allgemeine Lebensrisiken absichert und für sozialen Ausgleich sorgt (vgl. Butterwegge 2010: 58). Gegenwärtig kommt es in diesen sozialen Bereichen vornehmlich zu Abbau (vgl. ebd.: 59).

Die neoliberalen Kürzungen befördern die Soziale Arbeit in das letzte Jahrhundert zurück und reaktivieren damals negative und aktiv bekämpfte Probleme der entwürdigenden Erziehungsmassnahmen zur Anpassung, Depersonalisierung und Ausbeutung (vgl. Thiersch 2013: 213).

Seithe spricht zudem von einer Entstaatlichung der Sozialen Arbeit, welche durch Privatisierung und Konkurrenzdenken zustande kommt (vgl. Seithe 2010: 125). Diese genannte Privatisierung hat zur Folge, dass die geringeren Kosten Vorrang vor Fachlichkeit gewinnen. Die Verantwortung der Sozialpolitik für den Sozialbereich fällt so in die Hände des Marktes. Und so fällt die Verantwortung für das Überleben eines sozialen Betriebes in die Hände der Mitarbeitenden, welche für das Überleben des Betriebs ihre Loyalität zum Betrieb über ihre sozialarbeiterische Fachlichkeit stellen müssen (vgl. ebd.: 126f.).

Dadurch, dass die Privatisierung im Sozialbereich dazu führt, dass Leistungserbringer sich im Markt zurechtfinden und behaupten müssen, entsteht ein klarer Unterschied zwischen den Rollen des Staats als Leistungsträger und den Institutionen als Leistungserbringerinnen (vgl. ebd.: 128f.), welche gewinnorientiert arbeiten (vgl. Butterwegge 2010: 64). Dem Staat fallen so immer mehr kontrollierende Aufgaben zu (vgl. Seithe 2010: 128f.). Der Staat erhält eine Monopolstellung in diesem Pseudo-Markt, da dieser der einzige „Käufer“ der sozialen Leistungen darstellt (vgl. ebd.: 128f.). Dieser inszenierte Sozialmarkt sei nicht echt, politisch inszeniert und es komme schon vorab zu einem Marktversagen, weil Klient_innen ihre Leistungen, nicht selber finanzieren können und somit nicht einen eigentliche Kund_innenstatus erfüllen können (vgl. ebd.: 140).

Heute besteht der Wunsch, die Kosten im sozialen Bereich einzudämmen (vgl. ebd.: 122). Und so dominiert der Kostenaspekt über den fachlich angemessenen Entscheidungen (vgl. ebd.: 130). Dieses verkleinerte Budget zwingt die Praktiker_innen dazu, wichtiges vor weniger wichtigerem zu priorisieren und diese Entscheidungen auch gegen aussen zu vertreten (vgl. ebd.: 135). Einerseits wird die Auswirkung des Neoliberalismus' auf die Soziale Arbeit im Zusammenhang mit dem Staat kritisch beobachtet. Durch Sparzwänge und Umstrukturierungen ist die Qualität, Fachlichkeit und Professionalität der Sozialen Arbeit bedroht. Konkret bedeuten Sparzwänge, dass Einzelmassnahmen vorzeitig beendet werden müssen, Zeitkontingente und Löhne gekürzt werden (vgl. ebd.: 135f.). Es kommt zudem auch zu zeitlich verkürzten Finanzierungshorizonten und einer damit einhergehenden Unsicherheit des Angebotes, welches sich negativ auf den Anspruch der Beziehungsarbeit und den Aufbau von Vertrauen der Klientel zu den Praktiker_innen auswirkt (vgl. ebd.: 133ff). Butterwegge spricht gar davon, dass Leistungskürzungen im Sozialbereich bloss als Sparbemühungen ausgegeben werden, obwohl die Kosten der Versorgung gar nicht gesenkt, sondern bloss auf die Leistungsempfangenden abgewälzt werden (vgl. Butterwegge 2010: 62). Im gleichen Zuge wird Armut nicht bekämpft, stattdessen werden Armutsbetroffene mit Repression bekämpft und somit störende Elemente beseitigt (vgl. ebd.: 62f.). Auf politischer und gesellschaftlicher Ebene kommt es zu einer Entthematization des Sozialen. Die Soziale Arbeit wird nicht gestärkt, sondern in Frage gestellt (vgl. Thiersch 2013: 206).

Viele Praktiker_innen kritisieren die Auswirkungen des Neoliberalismus'. Im gleichen Zuge praktizieren sie diesen paradoxerweise in seiner reinsten Form, wenn sie die neoliberalen Instrumente anwenden und bei Versagen der Klient_innen mit Sanktionen aufwarten (vgl. Staub-Bernasconi 2008: 11). Die Praktiker_innen sind von den Auswirkungen des Neoliberalismus' direkt betroffen. Die oben beschriebenen verkürzten Finanzierungshorizonte führen zu Unsicherheit für die Praktiker_innen, welche diese belasten. Sie fürchten sich um ihren Arbeitsplatz und meiden unsichere Arbeitsfelder (vgl. Seithe 2010: 133). Die Reaktionen der Praktiker_innen der Sozialen Arbeit sind vielfältig. Diese reichen von sich damit abfinden, darunter leiden, Erschöpfung durch den erlebten Widerspruch und wütenden Forderungen nach einer Repolitisierung der Sozialen Arbeit (vgl. Thiersch 2013: 207). Muster, die der neoliberalen Logik nicht folgen, werden ausgeschaltet und Praktiker_innen, die Kritik üben oder Widerstand zeigen, werden entlassen (vgl. ebd.: 208f.). Darin begründet sich auch der fehlende Aktivismus gegen die herrschenden Verhältnisse. Die Praktiker_innen fühlen Einnengung und Verängstigung (vgl. ebd.: 212). Widerstand gegen geplante Kürzungen oder Kritik kann für Praktiker_innen zu Kündigung oder der Angst vor einer Kündigung führen (vgl. Seithe 2010: 127).

Butterwegge und Thiersch gehen konkret auf die Ausschlussmechanismen des Neoliberalismus' ein. Thiersch geht davon aus, dass es Arbeit in den Zonen der Exklusion und an den Ängsten und Bedrohtheiten durch die Konkurrenzgesellschaft braucht, sodass Menschen nicht den Verführungen rassistischer Ab- und Ausgrenzung anderer, vermeintlich unterlegenen Gruppen verfallen (vgl. Thiersch 2013: 214). So spricht Butterwegge an, dass die Mitglieder der Gesellschaft sich heute mehr in fremdes und eigenes anstatt in unten und oben definieren. So haben Klasse, Schicht und Gruppen, die gemeinsame Interessen verfolgen, einen tieferen Stellenwert als die kulturellen Übereinstimmungen, also die gemeinsame Sprache, Religion und Tradition (vgl. Butterwegge 2010: 49f.). Er beschreibt die „Standortsicherung“, welche zur Instrumentalisierung der Ab- bzw. Ausgrenzungskriterien der kulturellen Differenz zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft wird. So entsteht hier einerseits eine Stigmatisierung „der Anderen“ und andererseits eine stärkere Konturierung „des Eigenen“ resp. einer Konstituierung einer „Volksgemeinschaft“ (vgl. ebd.: 50).

Butterwegge spricht auch klar die Armut und den dazugehörigen Ausgrenzungsmechanismus an, welchen er als eine perfide Form der strukturellen Gewalt definiert (vgl. ebd.: 77). So komme es auch zu einer ganz klaren Ausgrenzung im Sozialraum. Der soziale Status entscheidet nicht bloss über die Konsummöglichkeiten eines Menschen, sondern viel mehr determiniert das Quartier, welche von den entsprechenden Menschen bewohnt wird, welche beruflichen Aufstiegschancen diese haben (vgl. ebd.: 76).

Die Theoretiker_innen beschreiben auch eine Reihe an Forderungen, für welche sich die Soziale Arbeit und ihre Praktiker_innen einsetzen können und sollen. In der Art und Weise der Entgegensetzung gegen den Neoliberalismus, dessen Verfechter_innen und Folgen unterscheiden sich die Ansichten und die Gewichtung der Theoretiker_innen. So sagt Butterwegge klar, dass das Konzept der neoliberalen Modernisierung zutiefst inhumane Folgen nach sich zieht und dem eine attraktive, soziale und demokratische Alternative entgegenzusetzen ist (vgl. ebd.: 76).

Der Neoliberalismus soll thematisiert werden. Eine Orientierung an sozialer Gerechtigkeit soll als Entgegensetzung gegen die sozialtechnologischen und betriebswirtschaftlichen Entwicklungen innerhalb der Sozialen Arbeit gesehen werden (vgl. Thiersch 2013: 211f.). Zudem soll die Dethematisierung der Sozialen Arbeit bekämpft und der eigene Auftrag als gesellschaftliche Aufgabe legitimiert werden (vgl. ebd.: 214). Die eigene Arbeit soll anerkannt werden und die Soziale Arbeit soll eine Repolitisierung erfahren (vgl. ebd.: 207). Es braucht eine sich politisch definierende Soziale Arbeit, die ihren Teil dazu beitragen kann, dass diese Modernisierung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, wie sie das Konzept des Standortwettbewerbs impliziert, durch eine Entwicklung einer demokratisch-sozialen Alternative aufgebrochen und die neoliberale Hegemonie schrittweise überwunden werden kann (vgl. Butterwegge 2010: 79f.). Es braucht eine Kultur der Solidarität, an welcher sich die Soziale Arbeit mit geeigneten Konzepten beteiligt (vgl. ebd.: 79).

Die Soziale Arbeit soll offensiv auf den Abbau im Wohlfahrtsstaat reagieren und die neoliberalen Prinzipien problematisieren (vgl. ebd.: 49). Es braucht eine Einmischung in gesellschaftspolitische Verhältnisse auf öffentlicher und politischer Ebene und in der regionalen und kommunalen Auseinandersetzung (vgl. Thiersch 2013: 212). Es braucht eine Darstellung in Form von analysierenden Berichten, der öffentlichen Skandalisierung und dem Protest (vgl. ebd.: 212). So denkt auch Butterwegge. Praktiker_innen müssen ihren resignativen Rückzug beenden, wieder nach aussen wirken, stärker in die Offensive gehen und lokale Probleme in gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge einordnen. Hier muss falschen Behauptungen und irreführenden Standardargumenten der Neoliberalen entgegengetreten werden. Zudem muss die Kardinalfrage danach gestellt werden, in welcher Gesellschaft wir eigentlich leben wollen (vgl. Butterwegge 2010: 80).

Butterwegge fordert, dass die Soziale Arbeit die Bedeutung der innen-aussen-Konfliktlinie relativieren soll und viel mehr auch innergesellschaftliche oben-unten-Gegensätze aufmerksam machen soll. So soll sich die Soziale Arbeit auf die ungleichen Einkommens- und Vermögens- sowie problematische Machtverhältnisse fokussieren (vgl. ebd.: 78f.).

Es braucht eine offensive Vertretung der Idee der sozialen Gerechtigkeit und Vision der Menschenrechte gegenüber den neoliberalen Entwicklungen (vgl. Thiersch 2013: 214). Ebenfalls soll sich die Soziale Arbeit in einem Verbund für die Erreichung des Projekts der sozialen Gerechtigkeit platzieren (vgl. ebd.: 212).

Die Soziale Arbeit muss den Kampf gegen die Entleerung von Konzepten und Begriffen durch die neoliberale Umdefinierung führen und eigene politisch-professionell begründete Definitionen haben (vgl. ebd.: 214). So soll sie auch den Konkurrenzbegriff entmystifizieren, denn der „Hochleistungsfetischismus“ ist ruinös. Zudem sollen Begriffe, wie „Selbstverantwortung“ und „Selbstvorsorge“ beachtet werden, die zwar gut klingen, jedoch bloss den Schutz sozial Benachteiligter und Bedürftiger verringern oder gar ganz verweigern (vgl. Butterwegge 2010: 79).

Die Soziale Arbeit braucht ein kritisch-selbstkritisches Berufsverständnis. Ihre Vorhaben sollen unter Kolleg_innen abgeklärt werden und eine Fehlerkultur soll gelebt werden. Zudem sollen Schwierigkeiten und Überforderungen zugegeben werden können und Austausch institutionalisiert werden, sodass dies zur Stabilisierung der Praktiker_innen verhelfen kann (vgl. Thiersch 2013: 216f.).

Die Praktiker_innen sollen ihrer Klientel gegenüber, insbesondere Sozialhilfebeziehenden, Vertrauen gewähren können (vgl. Staub-Bernasconi 2008: 9) und engagiert Partei für die Opfer neoliberaler Modernisierung ergreifen (vgl. Butterwegge 2010: 80f.). So fordert Staub-Bernasconi eine Loslösung von einem empirisch-wissenschaftlich nicht haltbaren Menschenbild des Neoliberalismus', welches von der Sozialen Arbeit heute mitgetragen wird. Indem die Praktiker_innen ihr Handeln an den Vorstellungen des Neoliberalismus' ausrichten, vergrössern sie nur die Ungleichheit des Respekts und vertiefen die soziale Kluft zwischen Sozialhilfeempfangenden und der restlichen Gesellschaft (vgl. Staub-Bernasconi 2008: 12).

Staub-Bernasconi fordert zudem die Anerkennung eines dritten Mandats. Die Soziale Arbeit soll mehr sein als bloss Mittlerin zwischen den Ansprüchen und Interessen der Klientel und denjenigen der Gesellschaft. Dieses dritte Mandat erhält die Profession von den Akteur_innen der Profession selbst (vgl. ebd.: 12f.).

Wo Staub-Bernasconi im kleinen anzufangen gedenkt und detailliert ausgearbeitete Forderungen auflistet, denken andere Theoretiker_innen, wie oben beschrieben, in ihren Forderungen grösser und weiter. Staub-Bernasconi sagt, dass die Soziale Arbeit sich auf den Weg zur Profession machen soll und dies dadurch, dass dem dritten Mandat den Weg geebnet werden muss. Zudem hat Staub-Bernasconi Ideen zur Bildung von Gruppen, welche Menschenrechtsverletzungen aufdecken und diesen nachgehen und einer Gruppe, welche die

Ratifizierung der Sozialcharta voranbringen sollte. Zudem soll eine Ombudsstelle im Sozialwesen gegründet werden (vgl. ebd.: 14f.). Als einen letzten Punkt möchte Staub-Bernasconi, dass die wissenschaftlichen Wissensbestände übersetzt, transformiert und verbreitet werden müssen (vgl. ebd.: 15).

5 Schlussfolgerungen

Beantwortung der Fragestellung

Im Folgenden werde ich aus den gesammelten Aussagen Konsequenzen für die Soziale Arbeit formulieren und somit die Fragestellung beantworten. Zudem werde ich weitere mögliche Fragestellungen formulieren, welche zur Weiterbearbeitung des Themas relevant sein könnten. Zum Schluss werde ich ein persönliches Fazit aus dem Gelernten und Festgestellten ziehen.

Die Soziale Arbeit scheint massiv unter den Folgen des Neoliberalismus' zu leiden. Ihre Position wird geschwächt und obwohl es heute aufgrund vielschichtiger sozialer Probleme die Soziale Arbeit mehr denn je braucht, werden der Sozialen Arbeit die finanziellen Mittel gestrichen und sie erfährt Misstrauen gegenüber ihrer Arbeit.

Offensichtlich wird, dass die Klient_innen der Sozialen Arbeit massiv unter den Folgen des Neoliberalismus' leiden. So sind sie einerseits von den massiven Sparmassnahmen betroffen, weil sie weniger materielle, sowie immaterielle Leistungen zur Verfügung haben. Zudem leiden Menschen, die vom Staat abhängig sind, andererseits unter Ausgrenzung und Stigmatisierung von der Gesellschaft. Sie werden als „Schmarotzer“ bezeichnet, weil sie sich nicht durch ihre Arbeitsfähigkeit und ihren Willen als wertvoll darstellen können.

Praktiker_innen der Sozialen Arbeit in ihrer Arbeit sind durch den Neoliberalismus beeinträchtigt, ihre Arbeit nach professionellen und fachlichen Standards auszuführen. Zudem befinden sich Praktiker_innen in einer „Zwickmühle“. Einerseits sehen viele, dass sie sich wehren müssen und wollen. Auf Praktiker_innen, die zu sehr widerständig sind, warten jedoch Sanktionen und Kündigungen. Zudem meiden sie Arbeitsfelder, welche unsicher sind und in welchen sie ihren Klient_innen nicht mit den nötigen Ressourcen begegnen können.

Es erscheint, als ob die Soziale Arbeit nicht gemerkt hat, dass sie sich neoliberalen und betriebswirtschaftlichen Elementen untergeordnet hat oder dies nicht als problematisch anerkannt hat. Die Soziale Arbeit hat ihre eigene Sprache und ihre eigene Fachlichkeit verloren. Selbst in der Ausbildung werden Studierenden Managementbegriffe und –Methoden eingeprägt. So erscheinen Konzepte wie Fördern und Fordern oder vollständig integrierte Felder, wie Casemanagement, heute als normal. Diese müssen auf ihre sozialarbeiterische Rele-

vanz überprüft werden und nicht unhinterfragt gelehrt werden. Die neue der Sozialen Arbeit und dem Wohlfahrtsstaat eigentlich fremde Tauschlogik von Fördern und Fordern muss hinterfragt werden. Es muss geprüft werden, welche Auswirkungen solche Konzepte haben und ob diese nicht viel mehr kontraproduktiv sein können. Respektive müssen schon bestehende Untersuchungen zu diesem Thema ernst genommen und einbezogen werden. Im gleichen Schritt müssen die Kontrollfunktion der Sozialen Arbeit und die repressiven Elemente kritisch hinterfragt und verweigert werden.

Nach der Bearbeitung dieser Texte erscheint es logisch, dass sich die Soziale Arbeit wehren muss. Doch welchen Weg des Widerstands sie gehen soll, dessen sind sich die Theoretiker_innen nicht ganz einig. Butterwegge und Thiersch plädieren dafür, grosse Themen anzusprechen und aktiv Widerstand zu leisten. Staub-Bernasconi möchte eher vorsichtig einsteigen und einzelne Themen, wie beispielsweise die Menschenrechte bearbeiten. Aufgrund der von den Theoretiker_innen beschriebenen Themen wirkt die Dringlichkeit hoch und das Niveau der Art und Weise, wie die Soziale Arbeit sich wehren muss, erscheint mir ebenfalls umfassend und gross. Für mich macht es nach der Bearbeitung der vier Texte am ehesten Sinn, dass die Soziale Arbeit als einen Aspekt des Widerstands lokale Probleme in gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge stellen muss und diese gegen aussen skandalisieren und kommunizieren soll. Wie Thiersch es formuliert, braucht es Widerstand.

Zudem muss die Soziale Arbeit sich in ihren unterschiedlichen lokalen, nationalen und internationalen Gremien, in einen Verbund mit anderen Kritiker_innen vernetzen und organisieren. So muss sie auch den Neoliberalismus öffentlich kritisieren und die negativen Folgen offen und klar aufzeigen. Sie soll den durch Privatisierung entstandenen sozialen Pseudo-Markt skandalisieren, in welchem die geringen Kosten die Fachlichkeit ersetzen und Klient_innen zu Kund_innen mutieren. Zudem muss die perfide Tatsache aufgedeckt werden, dass der Staat durch seine Monopolstellung als einziger Käufer der sozialen Dienstleistungen die Qualität der sozialarbeiterischen Arbeit massiv drücken kann.

Die Soziale Arbeit hat das Wissen über die Situationen von benachteiligten Menschen und die Fertigkeiten und Methoden, mit diesen Menschen zu arbeiten. Nun muss sie dieses Wissen teilen und sich nicht bloss mit ihrer sozialadministrativen Rolle abfinden. Praktiker_innen müssen die Relevanz des Beziehungsaufbaus für ihre Arbeit aktiv gegen aussen vertreten und diese Zeit für diesen Beziehungsaufbau vehement einfordern. Bei anstehenden, lokalen Themen wie Sparbemühungen, wie sie beispielsweise im Kanton Bern im Gange sind, müssen Praktiker_innen und die Soziale Arbeit aktiv werden und sich einmischen. Die Soziale Arbeit muss sich ihrem durch die Gesellschaft legitimierten Auftrag und Projekt nach sozialer Gerechtigkeit wieder vermehrt bewusst werden.

Genauso wie die Soziale Arbeit gegen aussen aktiv werden muss, braucht es gegen innen eine Veränderung. Anstatt den neoliberalen Konkurrenzbemühungen zu verfallen, soll die Soziale Arbeit eine Kultur der Solidarität aufbauen und leben. Die Praktiker_innen müssen sich selber in ihrem Umgang mit der Klientel reflektieren und darauf achten, dass sie Ausgrenzungsmechanismen nicht reproduzieren, resp. selber den Stigmatisierungen verfallen. Wenn ich in einem Modul zu Armut einer Kommilitonin entgegentreten muss, weil sie es unverschämt findet, dass Sozialhilfebeziehende so viel Geld vom Staat erhalten und Dozierende nichts sagen, merke ich, dass schon ganz am Anfang der sozialarbeiterischen „Laufbahn“ etwas gänzlich schief läuft. Ich erwarte von Sozialarbeitenden und solchen, die sich in der Ausbildung dazu befinden, dass sie ein humanes Menschenbild haben, ein vorurteilsfreies, resp. reflektiertes Bild ihrer Klientel haben und dieser mit Respekt und Vertrauen auf Augenhöhe begegnen. Zudem müssen Sozialarbeitende für ihre Klientel Partei ergreifen und sich parteilich für sie gegen aussen einsetzen.

Die Soziale Arbeit muss sich bewusst werden, dass sie eine nicht zu unterschätzende Rolle bei der Bekämpfung von Ausschlussmechanismen innehat. So soll die Soziale Arbeit als Teil des Projekts zur Erreichung von sozialer Gerechtigkeit darauf aufmerksam machen, dass die Kluft zwischen arm und reich immer grösser wird und die Menschen durch ihre minimalen Löhne und die schlechten Arbeitsbedingungen ausgebeutet werden. Sie muss Behauptungen und durch Ängste geschürte Tendenzen zu nationalistischen Ab- und Ausgrenzungen entgegentreten. Berechtigte Befürchtungen, dass Menschen ihre Stellen verlieren, in Armut „absinken“ und ihre Leben nicht mehr wie gewünscht fortführen können, müssen ernst genommen werden. Die Soziale Arbeit muss sich den Themen der sozialen Gerechtigkeit und der Menschenrechten zur Legitimation ihrer Arbeit bedienen. Sie muss aktiv gegen aussen kommunizieren und sich in öffentliche Diskurse einmischen.

Nach der Bearbeitung der Themen eröffnet sich für mich einen ganzen Fragenkatalog, eine grosse Vielzahl von Themen, welche Sozialarbeitende behandeln und bearbeiten sollten: Wie fährt die Soziale Arbeit weiter? Inwiefern können wir uns organisieren? Wie kommunizieren wir, dass Handlungsbedarf besteht? Wie können wir einen grossen Teil aller Praktiker_innen erreichen?

Die Soziale Arbeit befindet sich in einem laufenden Professionsdiskurs, wie auch Staub-Bernasconi in ihren Ausführungen immer wieder erwähnte. Kommt dieser aber zur richtigen Zeit? Oder müssen wir viel eher klären, was die Soziale Arbeit in der heutigen Zeit noch ist? Offenbar löschen wir mit stark begrenzten Mitteln Feuer, welche durch neoliberales Wirtschaften weltweit entstehen. Sollten wir nicht vor einer Professionsdiskussion die Frage klären, wie wir dazu stehen? Wie Butterwegge denke ich, dass es heute wichtiger denn je ist,

dass wir uns die Kardinalfrage stellen, in welcher Welt wir leben möchten. Was will die Soziale Arbeit eigentlich erreichen?

Die Meinungen und Analysen der vier Theoretiker_innen gingen in eine ähnliche Richtung. Nun wäre es spannend, herauszufinden, ob es Theoretiker_innen der Sozialen Arbeit gibt, welche anders argumentieren. Gibt es Gegenargumente? Gibt es solche, die den Neoliberalismus als funktionierende Hegemonie und so durch ihn eine Perspektive für die Soziale Arbeit sehen?

Ich werde hier die Arbeit noch mit einem persönlichen Fazit ergänzen. Ich war sehr erstaunt, dass die vier Theoretiker_innen dermassen radikal waren. Ich fühle mich grösstenteils bestätigt und gestärkt, meine Meinung beizubehalten. Während meines Studiums hat mir gefehlt, dass das allgegenwärtige Thema Neoliberalismus und dessen Auswirkungen auf unsere Arbeit behandelt werden. Habe ich mich getraut, Fördern und Fordern offen zu kritisieren und die Frage nach dem Sinn und den solidarischen Hintergedanken zu stellen, wurde ich angefahren. Selbst unsere Dozierenden reproduzieren solche Ideen, indem sie Studierende für kritische Bemerkungen zurechtweisen, indem sie in für die Soziale Arbeit wichtigen Medien, wie dem SozialAktuell offen die Zusammenarbeit mit der Polizei als wünschenswert darstellen, obwohl dies eine repressive Kontrollfunktion der Sozialen Arbeit darstellt, welche ihr eigentlich fremd ist.

Ich denke, dass es ein langer, sehr schwieriger Weg sein wird, wenn wir es schaffen wollen, als ersten Schritt die Sozialarbeitenden davon zu überzeugen, dass die neoliberalistische Hegemonie hinderlich und gefährlich für unsere tägliche Arbeit ist. Noch in viel weiterer Ferne steht die gesamte Gesellschaft, die dermassen von der neoliberalen Lebensweise gesteuert ist. Ich wünsche mir zumindest eine aktive, freche Soziale Arbeit, die sich nicht hinter sozialtechnologischen Methoden versteckt. Wir müssen anecken und parteilich und solidarisch mit unserer Klientel sein!

6 Literaturverzeichnis

Butterwegge, Christoph/Lösch, Bettina/Ptak, Ralf (2007). Kritik des Neoliberalismus. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/GMW Fachverlage GmbH.

Butterwegge, Christoph (2010). Neoliberale Modernisierung, Sozialstaatsentwicklung und Soziale Arbeit. In: Michel-Schwartze, Brigitta (Hg.) (2010). „Modernisierung“ methodisches Handeln in der Sozialen Arbeit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/Springer Fachwissen Wiesbaden GmbH. S. 49-87.

Butterwegge, Christoph (o.J.). URL: <http://www.christophbutterwegge.de/aktuelles.php>
[Zugriffsdatum: 04.01.2017].

FACHTAG SOZIALE ARBEIT (Hg.) (o.J.). M. Seithe. URL:
https://fachtagsozialearbeit.wordpress.com/referent_innen/m-seithe/ [Zugriffsdatum:
13.12.2017].

Der Spiegel (Hg.) (2016). Armutsforscher tritt für Die Linke an. URL:
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundespraesident-linke-macht-christoph-butterwegge-zum-kandidaten-a-1122388.html> [Zugriffsdatum: 04.01.2017].

Dörre, Klaus/ Aulenbacher, Brigitte/ Dammayr, Maria/ Menz, Wolfgang/ Riegraf, Birgit/ Wolf, Harald (Hg.) (2017): Leistung und Gerechtigkeit - Das umstrittene Versprechen des Kapitalismus. Weinheim: Beltz Juventa.

Huffschmid, Jörg (2000). Freier Kapitalverkehr – bedrohter Sozialstaat. In: Goldschmidt, Werner/Klein, Dieter/Steinitz, Klaus (Hg.). Neoliberalismus – Hegemonie ohne Perspektive. Heilbronn: Distel Verlag. S. 27-40.

Le Breton, Maritza/Parpan-Blaser, Anne (2016). Wegleitung zur Gestaltung wissenschaftlicher Arbeiten an der Hochschule für Soziale Arbeit FHNW. Fachhochschule Nordwestschweiz.

Queeramnesty (Hg.) (o.J.). GENDER-STERNCHEIN UND GENDER-GAP.
<https://queeramnesty.ch/gender-sternechen-und-gender-gap/> [Zugriffsdatum: 30.10.2017].

Schreiner, Patrick (2017). Unterwerfung als Freiheit. Leben im Neoliberalismus. Köln: Papy-Rossa.

Schweizerische Eidgenossenschaft (2017). Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft. URL: <https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19995395/index.html#a8> [Zugriffsdatum: 23. Oktober 2017].

Seithe, Mechthild (2012). Vermarktlichung der Sozialen Arbeit. In: Seithe, Mechthild (2012). Schwarzbuch Soziale Arbeit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH. S. 121-141.

Spetsmann-Kunkel, Martin (Hg.) (2016). Soziale Arbeit und Neoliberalismus. Baden-Baden: Nomos.

Staub-Bernasconi, Silvia (2007). Vom beruflichen Doppel- und professionellen Tripelmandat. Wissenschaft und Menschenrechte als Begründungsbasis der Profession Soziale Arbeit.